:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 3.1.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Die Rechte in Europa

Am 18. Januar führen die Antifaschistischen Nachrichten ihre Jahrestagung durch. Wie immer ist ein Teil dieser Tagung öffentlich.

Als Referenten kommen diesmal Bernhard Schmid, Journalist aus Paris. Er ist Autor des Buches zum Front National, dass 1996 bei ElefantenPress erschienen ist. Er verfolgt die politische Entwicklung auf der Rechten in Frankreich ziemlich genau, wie Leser/innen der Antifa-Nachrichten wissen, wird aber auch auf die Situation in Österreich und im Europaparlament eingehen.

Gerhard Feldbauer, Journalist, Autor des Buches „Von Mussolini bis Fini“, ist Kenner der politischen Entwicklung in Italien. Gerade ist ein neues Buch von ihm im PapyRossa Verlag erschienen mit dem Titel „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien“.

Vorträge und Diskussion sind von 14 bis 18 Uhr geplant, Ort siehe untenstehende Ankündigung. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:

Ermittlungen gegen Gebirgstruppler aufgenommen 6

Stoppt den globalen Krieg der Nato-Staaten 8

Zuwanderungsgesetz abgeschmettert! 12

Auflösung der IG Farben erneut vertagt

Zu Tumulten kam es auf der Hauptversammlung der IG FARBEN AG in Abwicklung im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim am 18.12. Dreißig Kritische Aktionäre, die in gewaltloser Weise die Auflösung der Gesellschaft forderten, wurden vom Saaldienst brutal aus dem Gebäude entfernt. Versammlungsleiter Born heizte die Stimmung an, indem er die Kritiker als „geistige Väter von Gewalt“ und „Psychopathen“ beschimpfte. An den Protesten gegen die IG FARBEN beteiligten sich auch ehemalige Zwangsarbeiter der Gesellschaft.

Axel Köhler-Schnura von der Coordination gegen BAYER-Gefahren kandidierte in der Versammlung für den Aufsichtsrat der IG FARBEN, um eine sofortige Liquidierung der Firma durchzusetzen. „Kein Unternehmen hat mehr Blut an seinen Aktien als die IG FARBEN. Jeder einzelne Tag der Weiterexistenz dieser Gesellschaft ist eine Schande für jeden demokratisch gesinnten Bürger dieses Landes“. so Köhler-Schnura. Die Vertreter der Coordination gegen BAYER-Gefahren, die seit 20 Jahren für die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. kämpft, stellten mehrere Gegenanträge, in denen eine Nicht-Entlastung der Liquidatoren und des Aufsichtsrats gefordert wurde wegen der seit Jahrzehnten verschleppten Abwicklung der Gesellschaft und der Nicht-Einbeziehung der Opfer in den Prozess der Auflösung. Auch in die Entschädigungsstiftung hat die Firma nicht eingezahlt.

Den Reden der beiden Liquidatoren Volker Pollehn und Otto Bernhardt nach steht die Auflösung kurz bevor, tatsächlich haben sie bestenfalls 2004 im Auge. Ein Teil der Immobilien, die einen Großteil des Restvermögens des ehemaligen Chemikonzerns darstellen, sei noch immer nicht verkauft, hieß es. Wie die jW vom 19.12. berichtet, verkleinert sich derweil das Vermögen: „Das in der Bilanz ausgewiesene Abwicklungskapital betrug im Dezember 2000 noch 20,7 Mill. DM, ein Jahr später noch 11 Mill. – die vermeintlich kaum operativ tätige Gesellschaft hat es angeblich durch Renovierungen und Forderungsausfälle bei Mietern geschafft, den Verlust 2000 von knapp vier Mill. Mark im vergangenen Jahr auf 9,7 Mill. mehr als zu verdoppeln. Dazu trugen auch Abschreibungen bei...“

Durch diese Praktiken wird nicht nur die Zahl derjenigen überlebenden Zwangsarbeiter immer kleiner, die auf die Auszahlung des Restvermögens warten, sondern auch das Restvermögen selbst. „Profiteure zur Rechenschaft ziehen“, war auf Transparenten bei der Protestaktion zu lesen. Offensichtlich eine sehr aktuelle Forderung!

PM der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., jW v. 19.12. - u.b. ■

Antisemitische Äußerungen zum Parteiaustritt: „Damit bin ich bei den Juden...“

Berlin. Claus Harmsen leitete den „Bundesanzeiger“ in Berlin, in dem die Drucksachen des Bundesrats und des Bundestags veröffentlicht werden. Und Claus Harmsen war 25 Jahre lang Mitglied der SPD, aus der er am 10.12.2002 austrat. Sein Austrittsschreiben ging nicht nur an die Berliner Parteizentrale, sondern wurde auch an die Presse verschickt.

Ein zentraler Teil von Harmsens Erklärung, die im folgenden in Auszügen dokumentiert wird, ist gespickt mit etlichen antisemitischen Aussagen. Unter anderem schrieb er von einem „Kotau vor dem Zentralrat der Juden“, den die Bundesregierung mit der Bereitstellung von „3,0 Millionen Euro für die Förderung des Judentums in Deutschland zur Verfügung gestellt hat...“. Auch sprach Harmsen Israel das Existenzrecht ab, indem er den Staat als „völkerrechtswiedrig“ bezeichnete.

Wie SPIEGEL ONLINE meldete, reagierte der Arbeitgeber von Claus Harmsen prompt. Harmsen erhielt noch am selben Tag seine Kündigung. Der Geschäftsführer und Sprecher des „Bundesanzeigers“ Rainer Diesem, äußerte: „Niemand wird den „Bundesanzeiger“ repräsentieren können, der antisemitische Äußerungen von sich gibt.“

Dokumentation: Aus dem Austrittsschreiben von Claus Harmsen

„...Damit bin ich bei den Juden. Um ganz ehrlich zu sein, neben den o.g. Fakten hat die Tatsache, dass die Bundesregierung dem Zentralrat der Juden 3.0 Millionen Euro für die Förderung des Judentums in Deutschland zur Verfügung gestellt hat, bei mir das Maß voll gemacht. Warum musste das in Anbetracht leerer Staatskassen sein, dieser Kotau vor dem Zentralrat der Juden? Der zudem nicht müde wird, die Bundesregierung anzuklagen und zu beschimpfen. Die Beziehung der Deutschen zu den Juden ist gewiß eine besondere. Aber der Deutsche Staat sollte heute, im 21. Jahrhundert, mutig genug sein, ein Selbstbewusstsein an den Tag zu legen, zu sagen, die Vergangenheit war grausam, aber wir leben im Jetzt und Heute, in einer neuen Dimension mit anderen Voraussetzungen. Vergessen wollen wir nicht, aber auf der ständigen Anklagebank wollen wir auch nicht mehr sitzen. Es ist Geschichte. Die Zeit ist aus. Die unbedingte Hinwendung zum Staat Israel ist ebenso falsch. Wo Kinder und Unschuldige - aus welchem Grund auch immer - gemordet werden, hat die Solidarität Deutschlands nichts zu suchen, auch Waffenlieferungen aller Art verbieten sich deshalb . Der Staat Israel ist völkerrechtswidrig, auch wenn man ihn um des lieben Friedens willen akzeptiert hat. Die Juden mit rund 100.000 Gläubigen in unserem Land sind eine Minderheit, die ihren Frieden und ihre religiöse Ruhe haben sollen, mehr aber nicht. Im übrigen: mit welchem Recht bevorzugt man finanziell die Juden und nicht die Roma und Sinti, die Zeugen Jehovas und alle anderen Religionsgruppen, die unter der NS-Herrschaft ebenso gelitten haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Juden die bessere Lobby haben. Gerade von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler hätte ich hier mehr Mut, Zivilcourage und Sensibilität erwartet. Doch wenn man auf der obenerwähnten Buchpräsentation des Herrn Sigmar Gabriel erfährt, dass er erstens Herrn Friedman duzt und sich coram publico von diesem permanent berühren lässt, dann fällt einem wirklich nichts mehr ein...“

Quelle: indymedia, Spiegel Online ■

Deckert kniff in Gränitz!

Gränitz. Das antifaschistische und antirassistische Mahnfeuer Sihe auch AN 26-02) am Nazi-Zentrum von Günter Deckert, an dem bei eisiger Kälte am 21.12. ca. 65 Personen teilnahmen, sorgte für einen nazi-freien Samstag in dem kleinen sächsischen Dorf Gränitz. Deckert zog es vor mit einer kleinen Schar von Kahlköpfen durch Wurtha-Farnroda zu ziehen. Dort ist die Kneipe „Frische Quelle“ in der Theo-Neubauer Straße Nr. 87 inzwischen in „rechter Hand“ (mdr-nachrichten vom 15.12.2002) und Deckert hat seine Finger mit im Spiel. Glaubt man seinen eigenen Worten, so finanziert Deckert seine Projekte über Spendensammlungen und aus früheren Fonds, die er sich als Vorsitzender der NPD anlegen konnte. Die überwiegende Anzahl der Spender kommen, wie nicht anders zu erwarten war, aus den Alt-Bundesländern. Tatkräftige Unterstützung erhält Deckert auch von der JN-Abspaltung „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“(BdVG), den „Schlesischen Jungs“ aus Ostsachsen und von der Kameradschaft Norkus, einer NPD-Tarnorganisation aus Freiberg. Für Aufregung sorgte Deckert mit einem offenen Brief an den Vorstand des „Netzwerks Sachsen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“. Darin forderte Deckert den ehemaligen Polizeichef von Pirna, Helmar Leo Blech, zu einem öffentlichen Disput in der „weltoffenen Stadt“ Freiberg auf, an dem neben Blech als Vertreter des Netzwerks alle Schülersprecher und Gk-Lehrer ab der Klasse 8 aller Schulen teilnehmen sollten. Das wäre die einmalige Gelegenheit, ihn (Deckert) öffentlich auseinander zu nehmen. Blech, der vor wenigen Wochen aus den Händen von Rita Süßmuth den Preis der Martin Niemöller Stiftung wg. Zivilcourage etc. empfangen hat, überlegt allen Ernstes auf dieses Angebot einzugehen. Nicht alleine, wie er meinte, sondern mit einer Handvoll Kommunalpolitikern aus dem Landkreis Freiberg. Das Netzwerk hat unter der Vorgabe, den Nazis die Maske vom Gesicht zu reißen, bereits ein öffentliches Gespräch mit dem NPD-Funktionär Leichsenring aus Königstein geführt – ohne Erfolg! „Wir fordern: Keinen öffentlichen Raum für Nazis – nirgendwo!!!“ so die BI „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!“

BI „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz ■

Wieder mal: Nazi-Rockkonzert in Mannheim

Mannheim. Wieder mal fand in Mannheim ein Nazi-Rockkonzert statt. Am Samstag. den 21. Dezember traten die Nazi Bands AUFMARSCH und GEGENSCHLAG vor etwa 150 Personen auf.

Wieder mal fand das Konzert in den Räumlichkeiten des Rockerclubs BANDIDOS im Industriegebiet Rheinau statt. Es ist das dritte Nazi-Rockkonzert im Großraum Mannheim / Ludwigshafen innerhalb von drei Monaten und das zweite in Mannheim.

Wieder mal war einer der Organisatoren HARTWIN KALMUS, der bekannte Ex-BLOOD & HONOUR Aktivist.

Wieder mal hat die Polizei nichts gegen das Konzert unternommen. Und das, obwohl der Veranstalter führendes Mitglied des verbotenen BLOOD & HONOUR Netzwerks war.

In der lokalen Presse war kein Wort über das Konzert zu lesen. Und das, obwohl der Südwestpresse, (eine nicht ganz kleine süddeutsche Tageszeitung) diese Nachricht ein Aufmacher auf der überregionalen Titelseite wert war. Auch über das erste Konzert in Mannheim berichtete der Mannheimer Morgen erst nach einer Anfrage der Grünen im Stadtrat zu diesem Thema.

Wieder mal braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich durch diese Form der Toleranz Neonazis immer stärker in der Rhein Neckar Region etablieren.

Seit neuestem spielt bei SIEGNUM ein altbekannter Mannheimer Nazi-Rockmusiker mit: MANUEL JAKOB. Er ist sowohl bei AUFBRUCH, wie bei SIEGNUM als Schlagzeuger beschäftigt. Ebenfalls ist er der Ex-Schlagzeuger von BOSHEIT, einer anderen neonazistischen Mannheimer Combo. Diese Band und ihr Manager ACHIM PFEIFFER, wurden vor dem Landgericht Manneim

wegen Volksverhetzung verurteilt. Auf Konzerten hatten sie das alte SA Lied „Blut“ nachgespielt. Pfeiffer selbst war zu diesem Zeitpunkt der Sektionsleiter Baden für BLOOD & HONOUR.

Das Spielen dieses Liedes ist übrigens eine alte Tradition in der Mannheimer Rechts Rock Szene: Bekannt geworden damit (und ebenfalls verurteilt worden dafür...) ist die Band TONSTÖRUNG, welche in der Mannheimer Szene Kultstatus genießt.

Wahrscheinlich war es auch am 21.12.02 in Mannheim Rheinau zu hören: „Blut mus fließen küppelhageldick.....“

Quelle: achmed, indymedia und juz mannheim ■

aus Iserlohn), um ein Verbot zu umgehen handelt es sich jetzt ganz offiziell um eine Wahlkampfveranstaltung. Ein Verbot wird es alleine deshalb nicht geben! Auch wenn die Demonstration zuerst von der Polizei verboten wird, so wird sie spätestens vom Bundesverfassungsgericht erlaubt.

In der Nacht von Freitag auf Samstag haben Nazis Rudolf-Hess-Plakate in Wuppertal geklebt. Unter anderem wurden auch Plakate am Autonomen Zentrum angebracht. In den letzten Jahren war für die Rudolf-Hess-Aktionswoche in Wuppertal der NPD-Ortsverbandsvorsitzende Maik Hilgert, der auch der Hauptorganisator der NPD-Demo ist, verantwortlich.

Wuppertal dichtmachen

Der Wuppertaler Polizeipräsident hat die Demonstration der NPD am 11. Januar verboten, die Kundgebung hingegen erlaubt. Die Neoazis kommen also auf jeden Fall, die einzig offene Frage ist nur noch, ob sie marschieren dürfen, u.a. an dem Neubau der Barmer Synagoge vorbei, oder ob sie nur auf dem Barmer Bahnhofsvorplatz eine Kundgebung abhalten dürfen. Bis Redaktionsschluss hat te die NPD noch keine Klage dagegen eingereicht, es ist aber dennoch damit zu rechnen.

Nach neuesten Informationen hat die NPD noch eine weitere Demonstration angemeldet. Diese soll vom Barmer Bahnhof zum Rathausvorplatz führen. Allerdings hat der DGB diesen Platz schon seit Wochen angemeldet, diese Strecke wird also nicht komplett genehmigt werden. Der Auftaktplatz wird deshalb unter Umständen vom Geschwister-Scholl-Platz zum Rathausvorplatz verlegt (Diese liegen nur 2 Minuten auseinander). Diese Demo wurde wohl vom Landesvorsitzenden der NPD-NRW angemeldet (das wäre dann Timo Pradel

Am Dienstag lag ein Zettel mit folgendem Inhalt im AZ- Briefkasten: „Nieder mit den Feinden Deutschlands | Wir kommen bald wieder | Aktion Schlageter“.

Als Wuppertaler Nazis das letzte Mal ankündigten: „wir kommen wieder“, taten sie es eine Woche später und griffen mehrere ältere AntifaschistInnen darunter auch Überlebende des Naziregimes an. Dies passierte vor zwei Jahren am Mahnmal des KZ Kemna.

Bündnis „Wuppertal dichtmachen!“, letzte Infos zu Demo auf www.wuppertal-dichtmachen.de ■

Verfahren gegen NPÖ-Gründer eingestellt

Wien. Laut der rechtsextremen Homepage Wiener Nachrichten Online (WNO) wurde ein gegen den Gründer der Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NPÖ), Gregor Maierhofer, eingeleitetes Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung sowohl von der Staatsanwaltschaft Graz als auch von der Staatsanwaltschaft Eisenstadt eingestellt. Das Einstellungsverfahren wurde vom Justizministerium genehmigt. (APA, 18. 12. 2002) Grund für die Einleitung des Verfahrens war die Verwendung eines Zitats des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess auf der Homepage der NPÖ.

Die NPÖ wurde im April 2002 gegründet. Bekannt wurde sie einer breiteren Öffentlichkeit, nachdem Maierhofer in einer burgenländischen Lokalzeitung ein Anzeige geschaltet hatte, in der in Kurzform das Programm der NPÖ vorgestellt und dazu aufgerufen wurde, durch Spenden und Mitgliedschaften die Partei zu unterstützen. Zur gleichen Zeit wurde ihre Existenz auch im Gästebuch der neonazistischen Kameradschaft Germania bekannt gegeben: „Organe und Mitglieder herzlich Willkommen!! Auch die Jugend ist Willkommen!! NPÖ und die JN-Junge Nationaldemokraten“. (Gästebuch der KS Germania, 4.4. 2002)

Das Programm der NPÖ ist in vielen Passagen identisch mit jenem der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), gegen die derzeit eine Verbotsverfahren läuft. ■

Urteil wegen NS-Wiederbetätigung

Wien. Am 11.12.2002 wurde der 19-jährige Jürgen R. von einem Geschworenengericht am Wiener Jugendgerichtshof wegen NS-Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt. Hintergrund dieses Prozesses war eine von Neonazis und Skinheads durchgeführte illegale Demonstration, die am 13.4.2002 im Anschluss an eine von Rechtsextremen und Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung organisierte Veranstaltung am Heldenplatz in der Wiener Kärntnerstraße stattfand und bei der NS-Parolen skandiert wurden.

Begründet wurde das Urteil vor allem mit dem Absingen eines Liedes der neonazistischen Skinheadband Gestapo, in dem u. a. folgende Zeilen vorkommen: „Ich mag Adolf Hitler und sein Reich, alle Juden sind mir gleich. Ich mag Skinheads und SA, Türkenklatschen, ist doch klar. Ich mag Fußball auf dem Rasen, die SS, wenn sie gasen, ja das mag ich.“ (www.derstandard.at, 15.12.2002). Jürgen R. ist der Einzige, dem diese Demonstration zum Verhängnis wurde. Alle anderen Verfahren, die gegen weitere Teilnehmer dieser Demonstration eingeleitet wurden, wurden im August dieses Jahres eingestellt.

Laut der Zeitschrift Falter 51-52/2002 hatte Jürgen R. enge Kontakte zu Peter Tomaschek, einem Szene-Aktivisten, der im letzten halben Jahr mit mehreren einschlägigen Homepages im Internet (Volkstreue Jugend, Nationale Jugend, Kameradschaft Wien) auf sich aufmerksam gemacht hatte.

Beide Meldungen: Neues von Rechts, www.doew.at ■

Riefenstahl-Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn

Eine Bonner Ausstellung über die ehemalige NS-Regisseurin Leni Riefenstahl sorgt bei Roma-Organisationen sowie kritischen Intellektuellen für Unmut. In einem Offenen Brief an Kulturstaatsministerin Christina Weiss kritisieren sie vor allem, dass die Eröffnungsrede am 12.12. von Hilmar Hoffman gehalten werden sollte. Hoffmann betreibe offensiv eine „Neubewertung" der Riefenstahl, die in der NS-Zeit mehrere Propagandafilme gestaltete.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören neben dem Kölner Rom e.V. unter anderen die Schriftsteller Ralph Giordano und Günter Wallraff. Sie rügen, das dem Bundeskanzleramt direkt unterstellte Haus der Geschichte in Bonn stelle sich „wissentlich als Forum zur Verfügung, um die politische Rehabilitation der Riefenstahl einzuleiten". Hoffmann, ehemaliger Leiter des Goethe-Instituts, preise Riefenstahl als „cineastisches Genie", das von den Nazis lediglich missbraucht worden sei.

Am 12.12.2002 fand dann in Bonn vor dem weiträumig abgesperrten „Haus der Geschichte der BRD" eine Kundgebung gegen die Eröffnung der Ausstellung von Helene „Leni" Riefenstahl statt. Zu der NS-Propagandistin wurden einige Redebeiträge über Megafon vorgelesen und die rund 50 Anwesenden standen vor dem Polizeispalier und der mäßig interessierten Presse herum. Reinzukommen war erst nach polizeilicher Gesichtskontrolle und mit Museums-Einladung möglich. Zwei protestierende Bürger erhielten wiederholt Platzverweise, nachdem sie vor dem Eingang die BesucherInnen auf die Nazi-Ästhetik der Riefenstahl angesprochen hatten. Zwei Leute, die ein Transparent „Nationalsozialismus ist nicht ästhetisch" auf einem Mittelstreifen der B9 vor dem Museum entrollten, mussten ihre Personalien angeben und wurden dann zur U-Bahn begleitet, nachdem sich die Kundgebung aufgelöst hatte.

Anlässlich der Proteste wurde vor dem „Haus der Geschichte" ein Flugblatt verteilt, das aufzeigt, dass die Nazi-Ästhetik der Heimat- und Propagandafilme als Popkultur heute zum Allgemeingut geworden sind und in der Werbung, wie auch in Rockvideos auf VIVA und MTV kommerziellen Erfolg zeigen und vom rot-grünen Mainstream begierig aufgesogen und gefeiert werden. ■

Flugblatt zur Anti-Riefenstahl-Demo: Riefenstahl-Gewitter: Nazi-Pop aus allen Rohren ...

Das Phänomen Helene Riefenstahl scheint kein Ende zu nehmen. Was als Blut-und-Boden-Bergsteiger-Schnulze 1932 begann („Das blaue Licht"), führte sie als Regisseurin bereits 1933 mit „Sieg des Glaubens" als Inszenierung des NSDAP-Reichsparteitags fort.

Weiter ging die Karriere des NS-Shooting-Stars mit „SOS Eisberg", „Triumph desWillens"(1934) und „Tag der Freiheit – unsere Wehrmacht" (1935). Die insgesamt vierstündigen Olympia-Filme „Fest der Völker (Teil I)" und „Fest der Schönheit (Teil II)" führt sie 1938 gar ihrem Führer Adolf Hitler zum Geburtstag vor. Für die Herrenmenschen-Sportschau bekommt sie vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) 1939 eine olympische Goldmedaille.

Foto: indymedia

In den Jahren 1940/41 – der Zweite Weltkrieg ist bereits in vollem Gange – beginnt Riefenstahl mit den Dreharbeiten für den Film „Tiefland", für dessen Produktion sie 60 Sinti und Roma aus einem Internierungslager zwangsrekrutiert. Ihre Schutzbehauptung, sie habe die später größtenteils in KZs umgebrachten Filmkomparsen nach 1945 „alle wiedergesehen", ist mittlerweile gerichtlich widerlegt.

Nie sei es ihre Absicht gewesen, die Nazibarbarei schönzufärben oder gar Menschen in den Tod zu schicken, so weist die von den Alliierten als NS-„Mitläuferin" disqualifizierte Filmkünstlerin alle Mitschuld am mörderischen deutschen Todeskult von sich und spricht ganzen Generationen aus der schwarz-braunen Seele. „Mich fasziniert, was schön ist, stark, gesund und lebendig", erklärte Helene Riefenstahl 1966. Und erst 2002 tat sie kund: „Ich war niemals in der NSDAP und fühle mich nicht der Naziideologie verbunden. Die einzige Organisation, der ich angehöre, ist Greenpeace."

Und Ökologie – das „Naturrecht" – ist schließlich populär geworden, seit die Grünen und Braunen den „Heimatschutz" neu definiert haben. Da wundert es nicht, dass die Riefenstahl als 72-Jährige noch einen Tauchschein machte und heute als Tiefseetaucherin ins Meer springt. Wer staunte nicht, als sie vor drei Jahren, als 97-Jährige, einen Hubschrauberabsturz wohlbehalten überlebte? ... Mit glühender Begeisterung für Führer, Volk und Vaterland lässt sich's auch hundert Jahre leben, vielleicht sogar tausend…

Und mit Geschichtsverdrehung und schönen Bildchen lässt sich gerade heute wieder Geld und Staat machen.

Wenn das Haus der Geschichte nun unter rot-grüner Führung die Hitlerverehrerin Riefenstahl vom Sozialdemokraten Hilmar Hoffman anpreisen lässt, dann kann sich die Opposition freuen. Die rechtsnationale Wochenzeitung Junge Freiheit widmete der Regisseurin zum diesjährigen hundersten Geburtstag gar eine extra Zeitungsbeilage. In einem Interview mit der braunen Postille im August 2002 forderte eben jener Eröffnungsredner Hilmar Hoffmann (gewandter SPD-Kulturpolitiker und ehemaliger Präsident des Goethe-Instituts) sogar, dass „die Frage nach dem cineastischen Genie Riefenstahls und wie es gebraucht bzw. mißbraucht wurde, auseinanderzuhalten" sei.

Und: „Die meisten Deutschen hatten vom Ausmaß der Judenverfolgung bis 1945 keine konkrete Vorstellung", also könne die Schlagkraft der Riefenstahlschen Film-Rollen auch kaum „in bezug auf die späteren letalen Exzesse gegen die Juden problematisiert" werden.

Als sie 1932 Hitler zum ersten Mal begegnete, sei es ihr vorgekommen, „wie eine Halbkugel, die sich plötzlich in der Mitte spaltet und aus der ein ungeheurer Wasserstrahl herausgeschleudert wurde". War das bloß eine frühe Inspirationen für spätere Unterwasserdreharbeiten? Oder gar politische Werbung? Der Autor Martin Krauss schreibt 2002 zu der bekannten „arischen" Olympia-Ästhetik von Riefenstahl:

„Ein nackter, lächerlich auf antik gemachter Diskuswerfer führt langsam seine Wurfbewegung aus. Ähnliche Inszenierungen hat zu dieser Zeit Arno Breker in Stein gehauen, die gleichen Schönheitsideale finden sich bis heute in beinahe jeder Fernsehwerbung für

Duschgel – wo's halt um Sauberkeit geht."

Geschichte wird eben bereinigt, wenn sie Schmierschmutz aufweist. Wie bereits 1999 in einer Leni-Riefenstahl-Ausstellung in Potsdam erkennbar war, wirkt die faschistische Ideologie und die davon geprägte kulturelle Produktion geradezu dadurch, dass ein Ewiges, alle Zeiten und Ären transzendierendes „arisches" Idealbild inszeniert wird. So sind filmische Szenen vom Reichsparteitag oder der NS-Olympiade auch heute wieder populär. Die geplante Provokation der Band Rammstein, die in ihrem Videos zu dem Depeche Mode-Cover

Das Plakat zur Ausstellung

„Stripped" mit Riefenstahl-Samples hantieren, garantierten eine erfolgreiche Sendung auf Musikkanälen, wie MTV oder VIVA.

„Riefenstahls Arbeit ist ein Beispiel für gute Kunst und daher auch nicht politisch codiert", tönten die Rammstein-Recken im Interview mit dem New Music Express.

„Aus den Nacktszenen der Riefenstahl wurde ein athletischer Striptease-Jingle mit vielen arischen Nackedeis", schrieb Ulf Poschardt dazu 1999. „Rammsteins trivial-postmodernistische Reinkarnation des Völkischen ist so entweder Marketing-Kindergarten oder der widerliche Boden, auf dem jugendlichen Lynchmördern das Zu-Tode-Prügeln von ‚Nicht-Arischem' pop-kulturell geerdet wird." Die Wochenschauästhetik ist nun bei den Nazienkeln angekommen, der Rückmarsch der Rechten in das seit den 1960er Jahren links dominierte Jugendkulturgeschäft ist angekommen. Anfang der 1990er Jahre hatten die Neuen Rechten, die sich gesamtdeutsch als „89er" definiert haben, den Poplinken und Althippies ihren Kulturkampf erklärt. Die gesellschaftliche Hegemonie sollte durch die Verbreitung reaktionärer Ästhetik und Inhalte den imaginierten Einfluss links-liberaler Musiksozialarbeiter zurückdrängen und dabei noch irgendwie attraktiv wirken.

„Das ‚Deutsche' [bei Rammstein] dient als Chiffre und Symbol des Unheimlichen, auch als ironisches oder provokantes Zitat", schrieb die Junge Freiheit 1996 und versuchte die Ostband so vom Vorwurf des Ewiggestrigen reinzuwaschen. Doch die „Neue Deutsche Härte" war mit Riefenstahl-Filmen im Gepäck längst auf dem Weg in die Hitparaden. „Rammstein, die Böhsen Onkelz oder Joachim Witt walsern fleißig um die Wette: Man wähnt sich als verfolgte Unschuld, wettert gegen die ‚Nazi-Keule', bezichtigt KritikerInnen ‚faschistoider Repressalien' (Joachim Witt) und ist, vor Kühnheit zitternd, patriotisch", so resümierten Daniel Pagórek und DJ Kersten vor zwei Jahren. Die kalte Ästhetik der Riefenstahl ist rechtes Kulturgut geworden bzw. geblieben.

Zu Ehren des 100. Geburtstags von Riefenstahl gab der „Verlag + Agentur Werner Symanek (VAWS)" im August 2002 einen Musiksampler heraus. Zur Release-Party in München spielte die Gothic-Band „Von Thronstahl" vor dem Konterfei der Regisseurin. Bereits 1996 erschien bei Symanek (VAWS) ein Riefenstahl-Sampler mit düsterer Musik von „Death in June", „Forthcoming Fire", „Allerseelen" und „Strength Through Joy" (!). Die Doppel-CD mit Buchbeilage war von Josef Klumb zusammengestellt, Sänger von „Forthcoming Fire", der in der neurechten Jungen Freiheit und im Musikmagazin Zillo bereits eindeutige Interviews zum Thema nationalsozialistische Ästhetik gegeben hat. Das Musiklabel VAWS will mit der Riefenstahl schliesslich auch Geld machen, und so war es 1994 und 1996 auf dem „Zillo"-Festival mit einem Stand vertreten und 1998 sogar auf der Kölner Musikmesse „Popkomm", was dem VIVA-Manager Gorny zwar nicht passt, er aber dennoch duldete. Denn wenn NS-Propaganda remixed erfolgreich im Musikfernsehen läuft, dann wird das Deckmäntelchen des politisch Korrekten gerne fallen gelassen.

„Wieviel Riefenstahl in unserer Kultur spukt, in der Werbung, den Sport-Inszenierungen, im Spielfilm, von den bewusst mit den Faschismen spielenden Tabuverstößen im Pop ganz zu schweigen, das ist am allerwenigsten ein Beweis für die Harmlosigkeit dieser Ästhetik. Es ist vielmehr einer jener Anlässe, bei denen es einem vor der eigenen Kultur grauen kann."

Georg Seeßlen im Oktober 2002
Bonner Bündnis / Berliner Verhältnisse (AO) c/o Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, D-53111 Bonn ■

100 Rechte kamen nicht so recht zum Zuge

BOCHUM. Ohne besondere Zwischenfälle verlief am Samstagnachmittag eine Demonstration von ca. 100 Neonazis. Sie wurde von etwa gleich vielen Gegendemonstranten empfangen und begleitet. Die Polizei hatte zu der kurzfristig angemeldeten Veranstaltung 200 Einsatzkräfte aufgeboten, um Ausschreitungen zu verhindern. Abgesehen von einem kurzen Gerangel im Bahnhof blieb es aber friedlich. Einem 24-Jährigen, den die Polizei nach einer „Widerstandshandlung" mitnahm, sei eine Blutprobe entnommen worden, teilte man später mit.

Mit einem Lautsprecherwagen schlenderten die überwiegend jugendlichen Rechten vom Bahnhof zum Polizeipräsidium, wo sie „Veranstaltungsfreiheit auch für national gesinnte Deutsche" einforderten. Unterwegs geriet das hehre Ziel allerdings etwas aus dem Blick: „Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten", schepperte es aus dem Lautsprecher – und wurde wie andere Parolen vom Lärm der Güterbahnen am Nordring (nebst „Taiga-Trommeln") übertönt. Die Pflicht zum „Einreihen in die nationale Volksgemeinschaft" gehörte wie die „Solidarität mit dem Irak" dazu. Passanten quittierten es mit Kopfschütteln.

„Geht doch arbeiten", skandierten die Gegendemonstranten, die – von Polizeikräften auf Distanz gehalten – mit 100 Metern Abstand folgten. Und: „Ohne den Verfassungsschutz wärt ihr bloß ein Dutzend."

Wer wollte, konnte sich auf die Bekleidung der Beamten einen Reim machen. Während die Rechten von Beamten im Kampfanzug begleitet wurden, trugen die nachfolgenden Ordnungshüter „zivile" Braunhosen und Lederjacken. Das sei aber Zufall, wehrte Polizeisprecher Volker Schütte ab.

Die Demonstration war unter die Auflage des Verzichts auf Bomberjacken und Springerstiefel gestellt worden. Dass sich einzelne Rechte nicht daran hielten, nahm die Polizei jedoch nicht zum Anlass, einzugreifen.

Unter dem Tarnmäntelchen „Geburtstagsfeier" versuchen Rechtsradikale seit geraumer Zeit die Gebote des Versammlungsgesetzes zu umgehen, weiß Kriminalrat Frank Nows. Weil von hundert Teilnehmern meist einer Geburtstag habe, werde dies zum Vorwand des Treffens genommen, um dann in Wahrheit „indiziertes Liedgut einschlägiger Bands" anzustimmen und mit verkappten Symbolen unbedarften jungen Menschen „Botschaften zu vermitteln".

Quelle: WAZ 27.12.2002 ■

Ermittlungen gegen mörderische Gebirgstruppler aufgenommen

Kommt es noch einmal zu einem großen Kriegsverbrecherprozess?

von Ulrich Sander

Für den Experten Frederik Rüter, Professor am Institut für Strafrecht der Universität Amsterdam, ist eines klar: „Eine Prozesswelle, die auch die Wehrmacht tangiert hätte, wäre außenpolitisch höchst unglücklich und innenpolitischer Selbstmord gewesen." Gemeint war das fast vollständige Ausbleiben juristischer Aufarbeitungen der Verbrechen der deutschen Wehrmacht. Das könnte sich nun ändern.

Zwar sind auch die Kriegsverbrechen von Einheiten der Gebirgsjäger in Deutschland bisher von der deutschen Justiz nicht geahndet worden. Stattdessen konnten sich im Kameradenkreis Gebirgstruppe, eine der größten Traditionsvereinigungen von Reservisten aus Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, die nicht verurteilten Täter mit ihren von den Alliierten abgeurteilten Generälen über 50 Jahre ungestört ihrer Traditionspflege hingeben. Die Verbrechen der Gebirgstruppe werden regelmäßig in ihrer Verbandszeitung „Gebirgstruppe" verharmlost und teilweise offensiv geleugnet. Auf ihren jährlichen Pfingsttreffen am Hohen Brendten treten seit Jahren österreichische Veteranen mit Hakenkreuz-Orden auf. Unter den Augen der Bundeswehr, der bayrischen Staatsregierung und des Kameradschaftsmitglieds Edmund Stoiber hat sich eine Organisation etabliert, die Kriegsverbrecher in ihren Reihen duldet, schützt und die Täter in Ehren hält. Stoiber nennt dies „unangreifbare Traditionspflege", und als diese Äußerung Proteste auslöste, ließ er die bayerische Staatskanzlei erklären, er habe damit nur die Vorläufer in Bayern im 19. Jahrhundert gemeint.

Jetzt aber kann die Notwendigkeit, bestimmte Veteranen der deutschen Wehrmacht als Kriegsverbrecher und Mörder zu bezeichnen, als gegeben angesehen werden. In den letzten Monaten haben junge und ältere Amateurhistoriker aus der Gruppe „angreifbare traditionspflege" – so genannt in Umkehrung der Stoiberschen Apologetik – und aus der VVN-BdA ehemaligen Soldaten persönlich Kriegsverbrechen zugeordnet Persönliche Erlebnisberichte, etwa in der Zeitschrift „Gebirgstruppe" wurden mit Fahndungsunterlagen, Ermittlungsakten und Geschichtsbüchern abgeglichen. Als die Rechercheure dabei gewonnene Erkenntnisse lautstark auf Kameradschaftstreffen vortragen wollten, da ernteten sie nicht nur Flüche und Schläge, sondern auch Klagen wegen „Beleidigung" und „Hausfriedensbruchs". Zunächst wurde damit umgegangen, wie seit jeher in der BRD: Die Kritiker wurden unter Anklage gestellt, die mutmaßlichen Mörder und Täter bekamen den Segen der Regierenden. Als aber jetzt die Gruppe erklärte: „Das von Ihnen gegen unsere Reisegruppe angestrengte Verfahren wegen Beleidigung pp. werden wir dazu nutzen, eine Wiederaufnahme bzw. Neuaufnahme der Ermittlungen gegen die noch lebenden Täter im Kameradenkreis anzuregen. Bei den Prozessen werden wir in Zusammenarbeit mit Historikern und Angehörigen der getöteten Zivilisten aus Griechenland, Frankreich, Italien und Finnland reichhaltiges Beweismaterial vorlegen", da gaben die Behörden klein bei. Staatsanwälte bekamen den Wink der Staatskanzlei, die Dokumente nicht einfach zu ignorieren, wie es zuvor jahrzehntelang geschah.

„Im Epirusgebiet unterstützten sie die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden in Joannina. Und unter dem Deckmäntelchen der >Bandenbekämpfung< ermordeten sie über 1000 Griechen und zerstörten im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer allein im Oktober 1943." So hieß es allgemein in einer der vorgelegten Dokumentationen über die noch lebenden Kommandeure von Kompanien des 98. Regiments der 1. Wehrmachtsgebirgsdivision.

Hier sei eine Auswahl von Verbrechen, die den Gebirgsjägern eindeutig zuzuordnen sind, und eine Auswahl von Tatverdächtigen vorgestellt:

● Am 1.10.43 wurden Neochoratti, Megarchi und Tunta zerstört und 20 Zivilisten erschossen.

Die Verantwortung trug Major Alois Eisl mit zwei Kompanien II./98 und ferner der 1 Geschützzug der II/79 unter Major Schmitt von der 1. Gebirgsdivision.

● Am 3. Oktober 1943 werden drei Morde in Thereakision als „Sühnemaßnahme für Mord an Oberstleutnant Salminger", wie es hieß, gemeldet. Drei Personen, darunter Vassilis Karamanis, werden getötet.

Gebirgsjäger vor dem Start nach Kreta April 1940

● Ebenfalls am 3. Oktober 1943 erfolgte die „Säuberungsaktion" in Akmotopos. „Im Rahmen der Säuberungsaktionen zahlreiche Ortschaften niedergebrannt und das Vieh getötet. (...) Gruppe Eisl zerstört Akmotopos als Sühnemaßnahme völlig. Sämtliche Zivilisten werden erschossen" (aus dem Kriegstagebuch).

● Am 4.10.43 werden Muliana, Makates, Anoion, Tereion, Jimnopolos, Akmotopos, Klisura, Lagatora zerstört. „130 Banditen und Zivilisten werden getötet". Verantwortlich: Gruppe Eisl.

● Die 1 Gebirgsdivision hat am 6.10.43 beim „Unternehmen Tiger" 40 Ortschaften abgebrannt, 40 „Feindtote" werden gezählt. 1GD-Kommandeur war Alois Eisl, Kommandeur von April 1943 bis August 1944.

● Weiter unter Kommando von Major Alois Eisl: Aus Rache für den Tod des Kommandeurs zahlreicher Einsätze, Oberstleutnant Josef Salminger – er war mit seinem PKW gegen ein von den Par-

tisanen errichtetes Hindernis gefahren und ums Leben gekommen –, werden zwischen dem 1. und 4. Oktober 1943 18 Dörfer in Griechenland zerstört; wer nicht floh, wurde umgebracht. Auf flüchtende Zivilisten wurde mit Geschützen gefeuert. Alois Eisl meldete stolz „Volltreffer“; es war Mord an 100 Zivilisten.

Bei den Untaten waren dabei die 7. Kompanie, die 9. Kompanie, die 2. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98, das besonders sich beim Massenmord in Kommeno in Nordgriechenland mit über 300 Toten hervortat und beim Mord an über 400 italienischen Soldaten auf Kephalonia. Aus diesen Kompanien und Regimentern werden in der Dokumentation 66 mutmaßliche Mörder, die heute noch leben und identifiziert sind, benannt.

● Schließlich wird von „angreifbare traditionspflege“ noch die 13. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98 als Mörderkompanie identifiziert. Ihr wird die Zerstörung von Periwoli und die Tötung von 53 Menschen am 25.10.43 zur Last gelegt, und zwar unter der Befehlsgewalt von Alfred Artmann, und mit ihm waren fünf jetzt identifizierte Verdächtigen.

Die VVN-BdA von Nordrhein-Westfalen war in der Lage, aus den Mitgliedslisten des Kameradenvereins (siehe Zeitschrift „Die Gebirgstruppe“) und den Überlieferungen der an den Verbrechen beteiligten Wehrmachtseinheiten 71 dringend der Mittäterschaft verdächtige Personen zu benennen, die zu den Teilnehmern der alljährlichen Pfingsttreffen von Mittenwald gehören. „Gegen sie muss dringend ermittelt werden,“ wurde verlangt.

Die Historiker erklärten, an die Adresse der bayerischen Behörden gerichtet: „Brechen Sie endlich aus der Tradition des Kalten Krieges aus, die dazu beitrug, dass über 300 Ermittlungsverfahren gegen die Täter aus den Reihen der Gebirgsjäger der Wehrmacht und SS einfach niedergeschlagen wurden, weil man die alten Wehrmachtskader für die neue Bundeswehr brauchte. Zahlreiche Täter gelangten in höchste Positionen.“ Verwiesen wurde auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr Generalmajor, Kommandeur der 1. Gebirgsdivision und stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Als Chef des Stabes von 1. GD unterzeichnete er Massenmordbefehle gegen Jugoslawen und Griechen; und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so Hubert Lanz (Hg.) „Gebirgsjäger – Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945“ Unter „Beute“ führte Thilo in seinen Berichten an den Divisionsstab auch „tote Banditen“ auf, und dies waren 153 Männer, Frauen, Kinder und Greise im Alter von 1 bis 75 Jahren, die im Dorf Mousiosas/Griechenland am 25. Juli 1943 ermordet wurden.

Nach längerem Zögern hat die bayerische Staatskanzlei die Dokumente der Antifaschisten kürzlich der Justiz des Landes übergeben. Auch die Zentrale Stelle der Justizverwaltungen der Länder in Ludwigsburg schaltete sich ein, die von „nationalsozialistischem Unrecht“ der 1. GD sprach, das in den Angaben der Rechercheure erkennbar sei. „Eine Reihe der von Ihnen genannten Aktionen von Angehörigen der 1. Gebirgsdivision war oder ist bereits Gegenstand strafrechtlicher Überprüfungen,“ schrieb Staatsanwalt Dr. Riedel an die VVN-BdA. (siehe auch AN 24-2002) Es sollen die bisher nicht bekannten Tatorte und Tatverdächtigen sowie einzelne Tatgeschehen, die von den antifaschistischen Organisationen benannt wurden, nunmehr Gegenstand von Ermittlungen werden. (Aktenzeichen 508 AR 1110/02).

Es kann somit sein, dass sich nach vielen Jahren Stillstand noch ein neuer großer Prozess gegen NS-Mörder ergibt, gegen Wehrmachtsangehörige, die an schwersten Verbrechen, an Massenmorden und auch an Judendeportationen teilnahmen.

Am 5.12. hat MONITOR über die Gebirgstruppe und ihre Verbrechen berichtet. Es wurde an Stoiber die Forderung gerichtet, sich endlich zu diesen Verbrechen zu äußern, denn er ist prominentestes Mitglied des Veteranen- und Reservistenvereins Gebirgstruppe.

Immerhin hat die bayerische Staatsregierung inzwischen wenigstens ihren hinhaltenden Widerstand gegen die öffentliche Anklage wider die Wehrmachtsverbrechen aufgegeben: Lautstarke Kritiker an den Gebirgstruppen wurden außer Strafverfolgung gestellt, Staatsanwälte in München und Ludwigsburg können mit den Enthüllungen jetzt arbeiten, die diese Kritiker und jetzt auch MONITOR vorgelegt haben. Nun gilt es, den Staatsanwälten auf die Finger zu sehen...

Damit jetzt endlich die Naziverbrecher doch noch vor die „Richter der Völker“ kommen, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, ist die öffentliche Warnung und Mahnung nötig. Das wollen z.B. die VVN-BdA und andere antifaschistische Gruppen anpacken. Nicht zuletzt das nächste Pfingsttreffen der „Kameraden unterm Edelweiß“ – und unterm Hakenkreuz, muss hinzugefügt werden – aber auch die Wehrmachtsausstellung in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und NRW in diesem Jahr werden Schauplatz öffentlicher Verurteilungen und echter Vergangenheitsbewältigungen werden. *Ulrich Sander* ■

Frankfurt a.M., Ramstein, Stuttgart, Berlin. Rund 600 demonstrierten am 14.12.02 zum Haupteingang der US-Rhein/Main-Airbase bei Frankfurt (Bild). Die rot-grüne Regierung wurde aufgefordert, den USA und Großbritannien keine Überflugrechte und keine Nutzung von Flughäfen auf deutschem Boden für eine Kriegsführung gegen den Irak zu erlauben. Der Luftwaffenstützpunkt gilt als logistische Drehscheibe für einen möglichen Truppenaufmarsch am Persischen Golf.

Weitere Demonstrationen fanden an den US-Stützpunkten in Spangdahlem bei Trier und in Ramstein statt. In Stuttgart hatten bereits am 8. Dezember rund 100 KriegsgegnerInnen die Einsatzzentrale für US-Atomwaffen in Stuttgart-Vaihingen, das EUropean COMmand (EUCOM), eine Stunde lang friedlich blockiert. Nach Angaben des EUCOM wurden 95 Prozent der Militäreinsätze im Golfkrieg von dort gesteuert.

www.gegeninformationsbuero.de

Aufruf zu Protesten gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München am 7./8. Februar 2003

Stoppt den globalen Krieg der Nato-Staaten

Bei der jährlichen „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ treffen sich Regierungsvertreter der Nato-Staaten aus USA,EU und rund 200 hochkarätige Militärstrategen, Generäle und Rüstungsexperten. Ihnen geht es aber nicht, wie sie behaupten, um internationale Sicherheit. Das Treffen ist eine Kriegskonferenz.

Um welche Sicherheit geht es?

Weltweiter Anti-Terror-Krieg, Repression und Kontrolle in den einzelnen Staaten - all das wird uns heute unter dem Schlagwort Sicherheit verkauft. Aber: Geht es um die „Sicherheit“ der 800 Millionen Menschen, die heute weltweit hungern müssen, während Millionen Tonnen von Lebensmitteln vernichtet werden, um die Profite der Lebensmittelindustrie zu sichern? Geht es um die „Sicherheit“ von Millionen Menschen in Ländern wie Argentinien, wo die kapitalistische „Standort-Konkurrenz“ ganze Gesellschaften als „unrentabel“ ausgrenzt? Geht es um die Sicherheit von Millionen von Bürgerkriegsflüchtlingen, von denen Tausende beim Versuch, Krieg, Hunger und Elend zu entkommen, an den Außengrenzen der Festung Europa ihr Leben verlieren? Darum geht es nicht. Die „Sicherheit“ der Nato und EU-Strategen bedeutet Ausbeutung, Krieg, Rassismus, Sexismus, Unterdrückung und Repression und nicht ein menschenwürdiges Leben, um das Millionen Menschen weltweit täglich kämpfen.

Gegen den globalen Krieg: Kein Frieden mit den Kriegsplanern!

Nach dem Krieg in Afghanistan bereiten die USA jetzt die zweite Phase des sogenannten langandauernden Anti-Terror-Krieges vor. Das nächste erklärte Ziel der militärischen Aggression ist der Irak. Es droht ein permanenter globaler Krieg der reichsten und mächtigsten Staaten gegen den Rest der Welt. Der Gipfel der neuen Kriegslogik ist der von Präsident Bush angedrohte Einsatz von Atomwaffen gegen alle Länder, die sich dem Diktat der US-Regierung nicht fügen. Die deutsche Bundesregierung nutzt die Situation, um ihre eigenen Großmachtansprüche durch Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee voranzutreiben. Deutschland beteiligt sich an vorderster Front mit dem Einsatz der Kommando-Spezialkräfte(KSK) in Afghanistan, mit Flottenverbänden am Horn von Afrika und qualifiziert sich für Kriegseinsätze rund um den Globus. Die Kriegsbeteiligung Deutschlands wird innenpolitisch begleitet von sozialer Demontage, der Aushebelung demokratischer Rechte, einer rassistischen Flüchtlingspolitik, der Abschottung der Grenzen und der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Die patriarchalen Struktur von Kriegen und militarisierten Gesellschaften richtet sich verstärkt gegen Frauen und Kinder. Es gibt einen engen Zusammenhang von Krieg und der Zunahme männlicher Gewalt, von Krieg und Vergewaltigung, von Militär und Prostitution.

Freitag, 7. Februar 03
Kundgebung gegen den städtischen Empfang für die NATO-Kriegsstrategen, 17 Uhr, Marienplatz, München

Samstag, 8. Februar 03
Internationale Großdemonstration, 12 Uhr, Marienplatz, München

Die Demonstrationen kosten Geld. Bitte spendet für unsere gemeinsamen Aktivitäten. Spendenkonto: Claus Schreer, Postbank München, Konto 57016-805, BLZ 700 100 80

UnterstützerInnen (Organisationen) des Aufrufs bitte melden: (Die Liste wird ständig aktualisiert) Fax: 089/16 89 415, email: smash_racism@hotmail.com, www.no-nato.de

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der USA, Deutschlands und der EU betrachten sich als die „Herren der Welt“. Sie beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. USA, Deutschland und die EU wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen – entweder gemeinsam mit der Nato oder mit militärischen Alleingängen der USA oder der EU.

Internationale Solidarität gegen kapitalistische Globalisierung

Der globale Krieg wird nicht um Menschenrechte geführt, sondern um die Kontrolle und Vorherrschaft in Zentralasien, der Golfregion und anderen wichtigen geostrategischen Regionen, um Öl- und Gasressourcen, um die Aufrechterhaltung der Privilegien weniger in den Metropolen und um die Macht- und Profitinteressen großer Konzerne, der Banken und der Rüstungsindustrie. Dieses System orientiert sich ausschließlich am Profit und geht in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen. Deshalb mobilisieren wir auch dieses Jahr gemeinsam mit der Schweizer Anti-WTO-Koordination gegen das Treffen der Welt-Wirtschaftselite am 25. Januar 2003 in Davos und gegen das Treffen der Welt-Kriegselite am 8. Februar in München.

Der Widerstand lässt sich nicht verhindern!

Im Februar 2002 haben – trotz eines dreitägigen totalen Demonstrationsverbotes – zehntausend Menschen gegen die Kriegstagung in München demonstriert. Der Versuch, die Kritiker der mörderischen Nato-Kriegspolitik mit Verboten und Polizeigewalt zum Schweigen zu bringen und die Proteste bereits im Keim zu ersticken, ist gescheitert. Die Außerkraftsetzung der Grundrechte wurde nicht hingenommen. Auch der Versuch, die DemonstrantInnen durch Hetzkampagnen als „Chaoten“ und „Gewalttäter“ zu diffamieren, ist fehlgeschlagen. Das Motto vom letzten Jahr „Von Genua nach München“ drückte unser politisches Ziel aus: Die Bewegungen gegen Krieg und kapitalistische Globalisierung zusammenzubringen. Die weltweite Ausbeutung und ihre militärische Absicherung sind zwei Seiten derselben Medaille. Das war und ist der Kern der Mobilisierung: Gemeinsam diesen Protest auf die Straße zu tragen und den Kriegsstrategen aus NATO und EU deutlich zu machen: „Ihr seid hier und anderswo unerwünscht!“

Wir sagen: Es ist nicht die Aufgabe einer Protestbewegung, den Herrschenden und Mächtigen dieser Welt zu gefallen. Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir lassen uns nicht in „Gute“ und „Böse“ spalten, sondern wählen die Formen unseres Widerstandes selbst. Wir sind Teil der weltweiten Widerstandsbewegung, die sich seit Seattle, Prag, Genau, Porto Alegre und Barcelona entwickelt und sich zunehmend gegen die Kriegspolitik der Nato-Staaten wendet.

Antikapitalismus globalisieren.

Widerstand gegen Neonaziaufmarsch

Uetersen. Mitte Dezember fand im Vereinsheim des TSV Uetersen ein Treffen statt, um Protest und Gegenaktionen für einen geplanten Neonazi-Auflauf am 18. Januar zu organisieren.

Gewerkschafter, Betriebsräte, Schülervertreter, Kommunalpolitiker, Mitglieder der türkischen Gemeinde und des Elmshorner Bündnisses gegen Neonazis wollen ein breites Bündnis auf die Beine stellen. Der Widerstand soll das ganze Stadtgebiet umfassen. In sechs Zügen wollen engagierte Bürger, geleitet von der Schülervertretung des Ludwig-Meyn-Gymnasiums, den Politikern aller Fraktionen, dem Sportverein TSV Uetersen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/BdA, der türkischen Gemeinde und des türkischen Elternbundes, sowie der IG Metall und dem Betriebsrat der Maschinenfabrik Hatlapa sternförmig auf den Uetersener Marktplatz zugehen.

Im Innenstadtgebiet will auch Neonazi Worch marschieren. Der 18. Januar hat Symbolkraft für die Neonaziszene. Er symbolisiert die Initialien Adolf Hitlers und erinnert an die Anschläge 1979 und 1996 in Lübeck, die an diesem Tag stattfanden. Auch liegt dieser Termin in der Nähe der Wannseekonferenz, die am 20. Jan. 1942 die „Judenfrage“ lösen sollte.

Ob der Kreis den Marsch der Faschisten durch die ganze Stadt zulassen oder nur eine stationäre Kundgebung am Stichhafen erlauben wird, wie von Bürgermeister Tewes vorgeschlagen, hängt von der Sicherheitsanalyse der Polizei ab. Die von den Nazis gewollte Route läuft an Gebieten mit hohem Ausländeranteil und engen Straßen entlang.

Das Motto der Nazis „Gegen Behördenwillkür“ richtet sich vor allem dagegen, das die Wirte dreier Lokale in Uetersen und Tornesch ihnen Hausverbote erteilten, die sie zu ihren Treffpunkten machen wollten. Rührig soll dabei ein gewisser Christof Jäger sein, der sich selbst gern „Standartenführer“ nennt. Er soll bei der Anmeldung in der Kreisverwaltung ebenso dabei gewesen sein wie ein Neonazi aus Wittstock, Uetersens Partnerstadt.

Die Stadtverordneten haben auf ihrer letzten Ratsversammlung eine Resolution verabschiedet, die „keine Toleranz gegenüber Intoleranz“ fordert. SPD und GAL brachten jeweils eigene Entwürfe ein. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Monika Schwalm sagte: „Ich war schockiert über das, was in der Zeitung stand. Natürlich können wir von der CDU uns den Resolutionen anschließen. Ich finde es gut, dass wir uns gemeinsam zur Wehr setzen.“ Schwalm schlug vor, beide Resolutionen zusammenzufassen. Die FDP und die BfB kündigten ebenfalls an, die Resolution unterstützen zu wollen.

Die Ratsversammlung fordert damit anders als der Bürgermeister das Verbot des Aufmarsches.

Von den Betriebsräten der Unternehmen in Uetersen, deren Geschäftsführungen, der IG Metall, der IG Bergbau-Chemie-Energie, ver.di und dem DGB gibt es einen Aufruf gegen „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“, der in hoher Auflage verteilt werden soll.

Am 10. Januar ab 19.00 Uhr findet ein erneutes Treffen im Sportlerheim des TSV Uetersen statt. *rua* ■

Willy Hundertmark ist tot

Bremen. Die Reihen der Zeitzeugen, die die Herrschaft des Naziregimes aus einer gegnerischen Position heraus miterlebt haben und darüber – mit Blick auf das Morgen – erzählen könnten, lichten sich. Nun ist auch Willy Hundertmark nicht mehr am Leben, der zumindest in Norddeutschland zu den bekanntesten und rührigsten Aufklärern gegen den braunen Ungeist zählte. Dieser Einsatz war so ausgeprägt, dass ihm 1989 sogar das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde – als dem ersten Kommunisten in der Geschichte der Bundesrepublik. Drei Jahre zuvor war er mit dem Friedenspreis der Villa Ichon ausgezeichnet worden.

Hundertmark starb im Alter von 95 Jahren in seiner Heimatstadt Bremen. Hier amtierte er lange Jahre als Vorsitzender und später als der Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN). Bis in seine letzten Lebenswochen hinein hatte Willy Hundertmark keine Ruhe gegeben und seine mahnende Stimme erhoben, so zum Beispiel gegen den drohenden Irak-Krieg.

Im Alter von 14 Jahren hatte er mit seiner Lehre beim Krupp-Konzern in Essen begonnen. Bereits als 12-jähriger betätigte sich Hundertmark politisch, wurde Aktivist des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) – und bald darauf ihr Organisationsleiter für den Bezirk Ruhrgebiet. 1930 avancierte er zum hauptamtlichen Funktionär der KPD.

Nach dem Reichstagsbrand 1933 wurde Willy Hundertmark verhaftet. Doch er hatte relatives Glück: Seine Leidenszeit in mehreren Konzentrationslagern war auf einige Monate beschränkt und dauerte nicht Jahre an, wie bei vielen seiner Genossen. Allerdings musste Hundertmark bei seiner Haftentlassung schriftlich zusichern, dass er nicht nach Essen zurückkehren würde. In den nächsten Jahren arbeitete er in verschiedenen Städten, bis es ihn 1939 nach Bremen verschlug. Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes war Hundertmark ab Oktober 1946 als Redakteur und später sogar als Chefredakteur der KPD-Zeitung beschäftigt, die im Januar 1947 in „Tribüne der Demokratie“ benannt wurde.

1951 tobte eine „Säuberungswelle“ durch die Kommunistische Partei Deutschlands. Von ihr wurde auch Willy Hundertmark erfasst. Er wurde von seiner Partei mit einem Funktionsverbot belegt, aber fünf Jahre später wieder rehabilitiert. Nur wenige Stunden nach der Rehabilitierung erhielt er seine hauptamtliche KPD-Funktion zurück. Nach dem Verbot der KPD 1956 agierte er für sie illegal weiter und trat dann der neu gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei. Deren Bezirksvorstand Bremen gehörte er an. Zu seinem politischen Arbeitsschwerpunkt entwickelte sich allerdings immer mehr – neben seiner Betriebsratstätigkeit beim Wohnungsbauunternehmen Gewoba von 1961 bis 1982 – die VVN.

Unter anderem initiierte Hundertmark die „Antifaschistischen Stadtrundfahrten“ durch Bremen. Tausende Bürger und Gäste der Stadt wurden auf diese Weise mit den Stätten des Widerstandes gegen das Naziregime und der Verfolgung durch die braunen Machthaber konfrontiert. Regelmäßig waren auf Einladung Hundertmarks auch ehemalige KZ-Häftlinge aus dem Ausland in Bremen zu Gast.

Über seine bewegten Lebensjahre berichtet Willy Hundertmark in dem Buch „Erinnerungen an ein widerständiges Leben“. Es ist 1997 aus Anlass des 90. Geburtstages in der Edition Temmen erschienen. Grundlage des 128-seitigen Werkes ist ein rund 15-stündiges Interview, das der Herausgeber Hendrik Bunke 1995 mit dem leidenschaftlichen Antifaschisten geführt hatte. *Thomas Klaus* ■

„Nordrhein-Westfalen wird bei der Rückführung von Roma nach Serbien und Montenegro auf Familien mit Kindern unter 16 Jahren Rücksicht nehmen. [...] Das in der Iinnenministerkonferenz erzielte Beratungsergebnis bietet den Ländern die Möglichkeit, behutsam vorzugehen." (Auszug aus der Presseerklärung des Innenministeriums NRW) Dies ist ein Teilerfolg, den der Protest der Roma erzielt hat. Allerdings für die anderen Beteiligten im Protestcamp eine ungeklärte Situation.

Zur Erinnerung: Im April 2002 brachen die Roma von Essen aus auf zur Innenministerkonferenz nach Bremerhaven, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und für ihr Bleiberecht zu kämpfen. Von dort aus zogen sie mit ihren Zelten weiter über Berlin, Hannover, Münster, Wuppertal, Köln nach Düsseldorf. Dort befinden sie sich nun seit dem 27. Juni 2002.

Die Roma leben seit über zehn Jahren in der BRD. Viele Kinder und Jugendliche kennen Jugoslawien gerade mal aus dem Fernsehen. Monatelang haben Sie Gespräche mit Politikern wie Claudia Roth, Marie-Luise Beck, Monika Düker u. a. vom Bündnis 90/Die Grünen sowie Karin Kortmann, Rüdiger Veit u.a von der SPD geführt und sie haben sich Hoffnungen gemacht, dass ihr Engagement erfolgreich sein wird. Die Verzweiflung der Roma ist gewachsen. Aus diesem Grunde besetzten sie am 27. November 2002 – nachdem die Roma auf den Tag genau vier Monate in Düsseldorf von einem Platz zum anderen umziehen mussten und immer noch in der Kälte sitzen – die Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen NRW. Ihre Forderungen waren klar:

Bündnis 90/Die Grünen – namentlich Joschka Fischer – ist für die Lageberichte des Auswärtigen Amtes verantwortlich. Aufgrund dieser Lageberichte erfolgt die Begründung der Bundesämter für Abschiebungen. Viele Roma wurden bereits in ein vom Krieg zerstörten Land abgeschoben. In einem Land, wo die Infrastruktur völlig zerstört ist. Die BRD trägt einen großen Teil an Verantwortung an dieser Zerstörung.

Seit Anwendung des Rückführungsabkommens am 1. November 2002 finden vermehrt Abschiebungen statt. Die Roma möchten, dass die Berichte des UNHCR, Schweizer Flüchtlingsrat, Deutsche Diakonie, GGUA hinzugezogen werden, damit der Lagebericht des Auswärtigen Amtes der realen Situation angepasst wird.

Claudia Roth hat den Roma versprochen nach Jugoslawien zu reisen, um über die dortigen Verhältnisse zu berichten. Dieses Versprechen hat sie bis heute nicht eingehalten. Bei der Innenministerkonferenz, die am 5./6. Dezember stattfand, lag ein Bericht von ihr dort nicht vor. Im Gegenteil: Nun wurde ein Brief von ihr an die Innenministerkonferenz bekannt, in dem sie sich lediglich für die Flüchtlinge aus dem Kosovo einsetzt. Im Gespräch mit Michael Vesper (Bündnis 90/Die Grünen, stellv. Ministerpräsident NRW) kam seine selbsternannte Handlungsunfähigkeit heraus. Die nicht nachvollziehbar ist, denn die Grünen könnten sich für ein sechsmonatiges Bleiberecht für Roma in NRW einsetzen, da ein Bundesland dies unabhängig von der Innenministerkonferenz beschließen kann.

Am Abend des 27. November 2002 fanden der Fraktionsvorsitzende Schmidt sowie Monika Düker die Forderungen für erfüllt und wollten die Räume der Geschäftsstelle durch die Polizei räumen lassen und stellten Strafanzeige. Das Verständnis, welches die Bündnis 90/Die Grünen in Berlin gegenüber den Roma zur PDS Besetzung hatten – nämlich: „Die Protestaktion der rund 30 Roma, die heute die PDS-Zentrale in Berlin besetzt haben, ist vor dem Hintergrund der verzweifelten Lage nur allzu verständlich [...] Der Verweis der PDS auf die Bundesebene lenkt von der eigenen Verantwortung ab: Rechtlich gibt es für Rot-Rot keine Hindernisse, Abschiebungen von Roma aus Berlin zu stoppen" (Quelle: Internet www.gruene-fraktion-berlin.de). – blieb in NRW aus. Man könnte auch sagen, Bündnis 90/Die Grünen sind angekommen! Der Häuserblock um die Landesgeschäftsstelle wurde mit Polizei abgesperrt. Es kamen bald nur noch AnwohnerInnen in die Straße hinein. Personen aus der Geschäftsstelle durften weder heraus noch herein. In der Geschäftsstelle selbst besprachen sich die Grünen mit dem Staatsschutz. Nach etlichen Verhandlungen mit den Grünen, zogen sie die Strafanzeige zurück, als sie sicher waren, dass die Roma friedlich auf ihren Platz zurückziehen würden. Die Roma verließen mit einem Lied die Geschäftsstelle am Polizeispalier vorbei zu dem von der Feuerwehr bereitgestellten Bus. Im Polizeikorso wurden die Roma um 0.30 Uhr am Protestcamp abgesetzt.

Eine Woche später wollte die Ausländerbehörde Düsseldorf auf Amtshilfeersuchen der Ausländerbehörde Essen eine Razzia im Protestcamp durchführen. Sie traten gegen die Matratzen und Zelte, leuchteten am frühen Morgen die Zelte mit Taschenlampen ab. Nur durch hartnäckige Weigerung der Roma und Protest der herbeigerufenen zahlreichen Unterstützer und Unterstützerinnen konnte diese Aktion beendet werden.

Dies gab Anlass einen Tag vor Beginn der Innenministerkonferenz die Landesgeschäftsstelle der SPD-NRW zu besuchen. Die SPD zeigte sich gesprächsbereit. In einem Gespräch mit Brigitte Speth (stellvert. Vorsitzende des Landesvorstandes, MDL), Peter Zwilling (Geschäftsführer des Unterbezirks SPD Düsseldorf), Frau Britta Altenkamp (Migrationspolitische Sprecherin, MDL) konnten Einigungen erzielt werden. Herr Behrens versprach in einem Telefonat mit Frau Altenkamp, dass die Roma in jedem Falle einen Wintererlass in NRW erhalten werden. Die Realität wird zeigen, ob Versprechen eingehalten werden. Beim nächsten Treffen des Landesvorstandes am 14. Dezember 2002 sollen Roma nochmals Thema auf der Tagesordnung sein.

Weiterhin kämpfen die Roma jeden Tag um ihr Bleiberecht. Nun sind sie in Düsseldorf zum achten Mal umgezogen und befinden sich im Südpark. Die klirrende Kälte macht ihnen zu schaffen. Sie benötigen Gasflaschen, Anziehsachen, Essen ...usw. Die Roma freuen sich über jede Spende. Kontakt über PDS Kreisverband Düsseldorf, Tel. 0211-1674903.

C.S. ■

Zuwanderungsgesetz abgeschmettert!

Bundesverfassungsgericht erklärt Bundesratsentscheidung für verfassungswidrig

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) entschied am 18.12., dass das Zuwanderungsgesetz der SPD/Grünen-Bundesregierung verfassungswidrig zustande gekommen ist. Die Richter gaben den sechs unionsgeführten Ländern recht, die mit einer Normenkontrollklage nach Karlsruhe gezogen waren. Das Verfassungsgericht entschied ausschließlich über die umstrittene Stimmabgabe des Bundesrates im März diesen Jahres und nicht etwa über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes selbst. Der seinerzeit amtierende Bundesratspräsident und Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), hatte damals das gespaltene Votum Brandenburgs als Zustimmung gewertet.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine Ohrfeige für Wowereit, eine schwere Niederlage für die Bundesregierung und ein unverdienter Sieg für

die CDU/CSU. Für Flüchtlinge und Migranten war das Gesetz von Anfang an ein fauler Kompromiss. Ihre ursprüngliche Position hatten sich SPD und Grüne auf Druck der Union bis zur Unkenntlichkeit verbiegen lassen. Eigentlich schon Grund genug, dieses Zuwanderungsgesetz abzulehnen.

Jetzt, da die Entscheidung gefallen ist und Regierung und Opposition einen neuen Kompromiss auszukungeln haben, drohen den Betroffenen weitere Verschärfungen. Denn immerhin war in dem Gesetz die Anerkennung der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung als Fluchtgrund festgeschrieben. Natürlich wurde dieser Punkt von den zahlreichen und gewichtigeren negativen Kehrseiten des Gesetzes deutlich in den Schatten gestellt. Etwa durch die stärkere Benachteiligung von Kindern durch die Herabsetzung des Nachzugsalters auf zwölf Jahre, die fehlende Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, die Ausdehnung der sozialen Ausgrenzung durch das Asylbewerberleistungsgesetz, die Verweigerung des Abschiebeschutzes für bestimmte Gruppen, die Verschärfung der Abschiebung durch sogenannte Ausreisezentren sowie die Ausweitung der Residenzpflicht. Ganz zu schweigen von der Grundtendenz des Gesetzes, Einwanderung vornehmlich nach Maßstäben der wirtschaftlichen Verwertungslogik zu regulieren, will heißen zu begrenzen.

Nach der Entscheidung appellierten Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Kommunen einhellig an Bundestag und Bundesrat, rasch zu einem Konsens zu finden. Die Gegensätze der Parteien „sind nicht unüberbrückbar“, ließen etwa die Kirchen verlauten. Ein „arbeitsmarktorientiertes Zuwanderungsgesetz“ und den „Abschied vom Anwerbestopp“ klagten führende Vertreter der Wirtschaft ein. „Mittel- und längerfristig sei der Mangel an Fachkräften nur mit Zuwanderung abzuwenden“, erklärte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski. Es soll dabei bleiben, Einwanderung auch künftig nach dem Nützlichkeitsprinzip zu gestalten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte die Bundesregierung auf, die ursprüngliche Gesetzesvorlage in bestehender Fassung neu einzubringen. Ebenso will auch Innenminister Schily verfahren, wobei er der Union bereits Gesprächs- und Kompromissbereitschaft signalisierte. Die Union machte ihrerseits unmissverständlich klar, dass es mit ihr weder Zuwanderung aus humanitären, geschlechtsspezifischen Motiven noch die Aufhebung des Anwerbestopps für Arbeitsmigranten geben wird. Letzteres ist gleichbedeutend mit einer deutlichen Absage an das Bleiberecht für lange in Deutschland lebende Migranten und einer Verschärfung der ohnehin schon menschenverachtenden Abschiebepraxis.

Zugleich kann davon ausgegangen werden, dass das Thema in Hessen und Niedersachsen als Wahlkampfschlager mit rassistischen Tönen missbraucht werden wird. Menschenrechtsorganisationen haben das Karlsruher Urteil unterdessen als Chance gewertet. Amnesty International beschwor die Bundesregierung, sich von der Union keinesfalls die Regelungen zur nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung abhandeln zu lassen. Pro Asyl forderte, dass „der Weg nun über Europa gehen muss“, und appellierte an das Innenministerium, „seine Widerstände gegen europäische Richtlinienentwürfe aufzugeben“. *Ulla Jelpke* ■

Weitere Stellungnahmen:

18. Dezember 2002
PRO ASYL zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Nachdenken statt vorschnell handeln – Warnung vor schnellen Konsensverhandlungen

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stoppt ein unausgereiftes mit zahlreichen Mängeln versehenes Gesetz. PRO ASYL appelliert, die vom Bundesverfassungsgericht verordnete Atempause zum Nachdenken zu nutzen. Das Zuwanderungsgesetz wurde mit heißer Nadel gestrickt. Weniger die Sache als wahl- und verfahrenstaktische Überlegungen bestimmten Inhalt und Verfahren. Der Klamauk im Bundesrat, an dem führende CDU/CSU-Politiker genauso wie führende SPD-Politiker beteiligt waren, war das Tüpfelchen auf dem i eines unwürdigen Verfahrens. CDU/CSU haben nun ein Gesetz verhindert, das in weiten Teilen eine restriktive Handschrift trägt und wichtige aktuelle Probleme ungelöst lässt:

- Die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist unzureichend geregelt.
- Den langjährig Geduldeten bietet das Gesetz nur unzureichende Perspektiven. Eine großzügige Bleiberechtsregelung fehlt.
- Den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wird ebenfalls unzureichend Rechnung getragen: Nur bei Hochqualifizierten wird an eine Einwanderung gedacht. Wäre es, wie angedacht, scharf umgesetzt worden, wären viele in Deutschland lebende Geduldete in die Arbeitslosigkeit getrieben worden. Denn eine Arbeitserlaubnis hätte eine Aufenthaltserlaubnis vorausgesetzt.

Fortsetzung Seite 12

● Ein nationalstaatliches Vorpreschen mitten im europäischen Gesetzgebungsprozess war zudem höchst problematisch und antiquiert.

PRO ASYL bedauert jedoch, dass die wenigen uneingeschränkt positiven Elemente des Zuwanderungsgesetzes nun vorerst nicht in Kraft treten werden. Die Härtefallregelung hätte Spielräume für menschliche Lösungen in Einzelfällen eröffnet; die Anerkennung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung die Schutzlücke im deutschen Asylrecht geschlossen. Der Weg hier muss nun über Europa gehen. PRO ASYL appelliert an das Bundesinnenministerium seine Widerstände gegen europäische Richtlinienentwürfe aufzugeben, in der die nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung entsprechend der Vorgaben der Genfer Konvention und der europäischen Menschenrechtskonvention geregelt wird.

Nach dem Scheitern des Gesetzes warnt PRO ASYL SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor schnellen Konsensverhandlungen mit CDU/CSU: „Die Rosinen werden herausgenommen, die Restriktionen und Mängel bleiben. Das Ganze wäre dann ein unverdaulicher Rest." ■

Nach dem Urteil: Lager schließen!

Am 18.12.2002 hat das Bundesverfassungsgericht das Zuwanderungsbegrenzungsgesetz, das am 1.1.2003 in Kraft treten sollte, gestoppt. Enthalten im dem Gesetz zugrundeliegenden Gesamtkonzept ist die Möglichkeit der Einrichtung sogenannter Ausreiseeinrichtungen, also Lager für abgelehnte Flüchtlinge und solche ohne Papiere, in denen mit speziellen Maßnahmen versucht wird, ihre Abschiebung oder sog. freiwillige Ausreise zu erzwingen. Gegen diese Lager, von denen 3 in Niedersachsen, eines in Sachsen-Anhalt,eines in Rheinland-Pfalz und eines seit neuestem in Bayern, Fürth stehen, hat es auch schon in der Vergangenheit wegen ihres repressiven, Grund- und Menschenrechte einschränkenden Charakters deutlichen, nicht abreißenden öffentlichen Widerstand gegeben.

„Tatsächlich handelt es sich bei diesen Lagern um Abschiebelager. Die beschönigende Bezeichnung „Ausreisezentren", die in der Debatte um das ZuwG kursierte, ist verharmlosend und verlogen, so Sarah Sahara von der Kampagne keine Abschiebung/Knäste/Lager. „Hier wird die massenhafte Illegalisierung von Menschen betrieben, denn ungefähr die Hälfte der Flüchtlinge in den bestehenden Lagern hält die Situation nicht aus und verschwindet in der Illegalität."

Gerade der bayerische Innenminister Beckstein begründete die Eröffnung des ersten bayerischen Ausreisezentrums immer mit dem Verweis, diese wären ja im „Zuwanderungsgesetz" vorgesehen, auch der niedersächsische Innenminister Bartling legitimierte so die bestehenden Abschiebelager. Da nun der entsprechende Paragraph mitsamt dem Gesetz aufgehoben wurde, entfällt diese Legimitationsgrundlage zur Einführung der „Ausreisezentren".

Zusätzlich zu dieser äußerst umstrittenen Begründung werden seit Bekanntwerden der entsprechenden Pläne der Innenministerien die Bedenken in weiten Teilen der Gesellschaft gegen die Einrichtung dieser Lager immer größer. In Bayern haben sich jüngst die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, (GEW) Bayern, der DGB Bayern, Wohlfahrtsverbände, wie Caritas und Diakonisches Werk, die Grünen Bayern und viele andere eindeutig gegen die Einrichtung dieser Lager positioniert.

Deshalb fordern wir die verantwortlichen Stellen auf, hier speziell die Innenministerien der Länder, in denen schon Ausreiselager bestehen, die Gelegenheit zu nutzen, diese unerträglichen und unwürdigen Einrichtungen aus der Welt zu schaffen und sie ersatzlos zu schließen.

„Es ist für die ausführenden Organe und ihre VertreterInnen jetzt nicht mehr möglich, sich hinter Gesetzen zu verstecken oder auf ein Gesetz zu verweisen, das sie selbst durch eine Verfassungsklage verhindert haben. Es besteht jetzt die Chance als Gesellschaft, die für sich in Anspruch nimmt, zivilisiert zu sein und Menschenrechte zu achten, auf die verzweifelte Lage von Menschen auf der Flucht anders zu reagieren als mit neuen Menschenrechtsverletzungen bei Abschiebung, Abschiebehaft und Abschiebelagern", so Markus Schuler von der Karawane Nürnberg. Deshalb: Keine „Ausreisezentren"! Lager schließen!

Markus Schuler,
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen
Sarah Sahara, „Keine Abschiebung/Knäste/Lager
Florian Dotzler, Res Publica. Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Entscheidung nicht wirklich zu bedauern

BERLIN. Die Bundessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Cornelia Kerth, erklärt zur Entscheidung des Bundesverfassungsgericht zum Zuwanderungsgesetz: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Zuwanderungsgesetz kann man nicht wirklich bedauern.

Wer 1998 „eine andere Politik" wollte und deshalb Rot-Grün gewählt hat, verband mit dem Zuwanderungsgesetz die Hoffnung, die Bundesrepublik würde endlich in Sachen Migration und Intergration von MigrantInnen in Westeuropa übliche Standards setzen. Das nun von BverfGericht zurückgewiesene Gesetz hat alle diese Hoffnungen enttäuscht.

Genauso enttäuschend war die Farce beim Zustandekommen des Gesetzes. Regierung und Opposition haben mit ihrer Art des „Pokerns" wenig Ernsthaftigkeit gezeigt, fast 10 % der hier lebenden Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und eine Chance vertan, so auch ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Mehr noch: beide haben dazu beigetragen, die parlamentarische Demokratie bei den sogenannten „Politikverdrossenen" weiter zu diskreditieren, indem sie das parlamentarische Prozedere so wenig ernst genommen haben wie das Thema und die Hoffnung der Betroffenen auf eine gesicherte Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. *VVN-BdA* ■

12. Januar 2003: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht-Demonstration

Am 15. Januar 1919 wurden sie für ihren konsequenten Kampf gegen Krieg und den ihn wesentlich erzeugenden Profitmechanismus ermordet. Erschlagen von den Bütteln jener, denen Kriege bekommen wie eine Badekur. Auch heute. Es geht primär um Öl, Erdgas und weitere Reichtümer im vom Präsidenten Bush eingeleiteten Krieg des 21. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt unserer Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung wird unsere konsequente Haltung gegen imperialistische Aggressionen stehen, gegen stattfindende und künftige. So fordern wir auch: Hände weg vom Irak!

● Wir protestieren gegen die Unterstützung der Aggressionspolitik von USA und NATO durch die Herrschenden in der Bundesrepublik Deutschland und gegen jegliche deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen. Krieg ist weltweit die Fortsetzung der kapitalistischen Globalisierung mit den brutalsten Mitteln.

● Wir wehren uns gegen Sozial- und Demokratieabbau sowie gegen ebenfalls sprunghaft ansteigende staatliche Repression.

● Wir demonstrieren gegen Nazis, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Wir werden zeigen, dass wir dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus auf besondere Weise verpflichtet sind.

● Wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – werden am 12.1.2003 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden.

aus dem Aufruf zur Demonstration ■

Geopolitik – ein alter Hut?

„Das wovon ich reden will, ist das Zusammenwachsen derjenigen Staaten, die weder zum englisch-französischen Westbunde gehören noch zum russischen Reiche, vor allem aber ist es der Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie“ – die Zentrale des kommenden Mitteleuropas. Zahlreiche kleinere Staaten „wollen und müssen erst mit eigenen Augen sehen, ob der Kern von Mitteleuropa sich bildet“. (Friedrich Naumann, Mitteleuropa) Naumann konnte 1915, als er diese Zeilen niederschrieb, nicht ahnen, dass 85 Jahre später ein deutscher Außenminister ganz ähnlich argumentieren würde, wenn auch unter einer erheblich veränderten Staatenkonstellation. So ist für Joschka Fischer nicht mehr Österreich der erste Partner bei der Bildung eines „Kerneuropas“, sondern Frankreich. Diese beiden Staaten, so Fischer im Mai 2000, sollten „Avantgarde“ und „Gravitationszentrum“ eines engeren Staatenbundes sein, dem nationale Souveränitätsrechte übertragen würden. Die politische Dominanz in diesem neuen Staatengebilde fiele aufgrund ihrer ökonomischen Stärke Deutschland und Frankreich zu, was Fischer natürlich nicht sagt (siehe AN 13/00).

Fatalerweise werden diese strategischen Planungen des deutschen Imperialismus in einer kritischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Umso erfreulicher sind daher zwei Neuerscheinungen zum Thema „Geopolitik“.

Raumpolitik, Großraumwirtschaft usw. sind aus dem Vokabular des „3. Reichs“ geläufig: Ein Volk müsse stets bestrebt sein, seinen Lebensraum zu erweitern, alles andere bedeute Regression und Untergang. V.a. das deutsche Volk leide an einer Enge des eigenen Raums, wegen seiner Mittellage sei es von allen Seiten bedroht. Behoben werden sollte dieser status quo durch eine neue Staaten- und Außenwirtschaftsordnung nach einem zu gewinnenden Krieg. Das Deutsche Reich im Zentrum und in „konzentrischen Kreisen“ um es herum angeordnet abhängige Staaten, deren Ökonomien auf die deutschen Bedürfnisse zugeschnitten wären. Doch diese geopolitischen Konzeptionen stammen nicht erst aus dem Jahr 1933. Werner Köster untersucht ihre Entstehung und Ausbreitung anhand des Begriffs „Raum“. Seine Wandlung und Zuspitzung zu einer Metapher für deutsche Eroberungssehnsüchte und Gebietsansprüche und seine Implementierung als politischer Kampfbegriff war das Ergebnis erheblicher ideologischer und propagandistischer Anstrengungen von Geographen und Politikern, von „Völkerrechtlern“ und Revanchisten nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Geopolitiker – wie der Kreis um Karl Haushofer – versuchten nachzuweisen, dass die imperialistischen Folgerungen aus ihrer Wissenschaft einem objektiv waltenden Raumgesetz entsprängen.

Als Sprachwissenschaftler untersucht Köster weniger die konkreten Ausprägungen geopolitischer Ideen oder die unterschiedlichen von nationalistischen Verbänden und Interessengruppen, Wirtschaftswissenschaftlern und militaristischen Publizisten entworfenen Konzeptionen deutscher Vorherrschaft in Europa, sondern die „semantische Karriere eines deutschen Konzepts“, wie der Untertitel lautet. Die gesellschaftliche Debatte um „Raum“ erhielt eine besondere, weil einigende Funktion: So konnten „neben den militärischen und industriellen Eliten auch die traditionellen Bildungsschichten wie etwa die Lehrerschaft“ angesprochen und „die unterschiedlichsten konservativen Strömungen“ zusammengeführt werden. Die vorliegende linguistische Untersuchung erweitert das Wissen darum, wie sich derartige Ideologien entwickeln und diskursiv verbreiten. Nach 1945, so Köster, habe sich das Raumgerede mit der Einbindung der BRD in das westliche Staatensystem erledigt.

Das sieht der Herausgeber des Sammelbandes „Geopolitik“, der österreichische „Verein Kritische Geographie“, anders. Geopolitische Konzeptionen erlebten nach dem „Ende der bipolaren Weltordnung“ eine Renaissance. Die historische Perspektive ist bei der Kritik dieser Ideologie hilfreich. Natürlich wird die deutsche Entwicklung untersucht, hatten die hiesigen geopolitischen Phantasien doch die mörderischsten Konsequenzen. Allerdings beschränken sich die Artikel zu diesem Thema fast ganz auf die Zeit vor 1933. Im 19. Jahrhundert entstanden Vorstellungen wie die, dass Deutschland als wachsende Nation mehr Raum brauche, ja dies nachgerade ein Beweis fortgeschrittener kultureller Entwicklung sei: „Expansionstrieb, der die Grenzen bis an die Schranke der Möglichkeit vorrückt, ist Merkmal der höchsten Kultur.“ (So Friedrich Ratzel, der „Vater“ der Geopolitik.) Der „Raumnot“ war laut den Theorien dieser Geopolitiker mit Landnahme vornehmlich in Afrika zu begegnen.

Von Anfang an hatte Geopolitik ideologischen Charakter, sie bot sich als pseudowissenschaftliche Legitimation des deutschen Kolonialismus an. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg arbeitete der Geograph Robert Sieger für seine Nation in Kommissionen, die die neu zu ziehenden Staatsgrenzen Deutschlands und Österreichs festlegen sollten. Hier führte er die verschiedensten geographischen und demographischen Argumente an, damit die beiden Länder möglichst wenig Land einbüßten. Wenige Jahre später stand die Geographie erneut deutschen Expansionsbestrebungen zur Verfügung. Von den Geographen spielte insbesondere der bereits erwähnte Haushofer eine Rolle, der Deutschlands Landgier auf Osteuropa richten wollte. Auch ihn konnte die Politik gut gebrauchen.

Der Band „Geopolitik“ ist mit seinen vielen Aspekten erfrischend breit gefächert, dafür fehlt aber der rote Faden. Da gibt es z.B. einen Artikel von Gearóid O Tuathail, der die Globalisierung als Trend zur Ablösung nationaler Souveränität durch eine „Weltgesellschaft“ analysiert und damit ähnliche Hypothesen wie Michael Hardt und Antonio Negri im derzeit viel diskutierten „Empire“ vertritt. Oder der überflüssige Beitrag Yves Lacostes, der meint, gegen den Front National müsse die französische Linke mehr Nationalbewusstsein stellen. Die Anmerkungen zur Europäischen Union zeichnen sich leider durch eine allzu unkritische Haltung aus.

Mit den aktuellen geopolitischen Debatten in der Fachgeographie befassen sich Georg Stöber und Herrmann Kreutzmann. Insbesondere greifen sie Samuel Huntingtons Kulturbegriff an. Der bringe es mit sich, „dass ‚Kultur‘ von jedem Handlungszusammenhang losgelöst ist, in der Form distinkter ‚Kulturen‘ eine eigenständige multiple Existenz führt ... Menschliches Handeln mit seinen Motivationen und Intentionen gerät dabei völlig aus dem Blick.“ Es entsteht eine neue Form des Rassismus, der primär nicht mehr biologistisch begründet wird, sondern Schranken zwischen „Rassen“ aufgrund differenter Kulturen ausmacht.

Aber nicht nur in diesen akademischen Debatten deutet sich eine wachsende Bedeutung geopolitischer Ideologeme an – ein FAZ-Kommentar vom 11.11. zum Transitstreit zwischen Rußland/Kaliningrad und der EU steht dafür beispielhaft. Zunächst wird der eigene Raum (EU) vom fremden (Rußland) abgegrenzt. Dann wird festgestellt, dass ein Teil des fremden Raumes (Kaliningrad) dem eigenen zugeschlagen werden sollte, weil er überhaupt nicht zu Rußland passe und ohne EU-Anbindung eine Bedrohung darstelle. Von „Königsberg“, dieser „sowjetischen Kriegsbeute“, könne Moskau „weniger denn je behaupten..., hier sei zusammengewachsen, was zusammengehöre“. Nehme die demnächst erweiterte EU ein russisches Kaliningrad aber hin, könne „in der Union

ein schwarzes Loch aus Armut und Kriminalität bedrohliche Anziehungskraft“ entwickeln. Dagegen helfe nur die „Integration Königsbergs“, der Weg führe ohnehin zu einer „quasiinländische(n) EU-Enklave“. Zum Visastreit um Kaliningrad ist der Beitrag Holger Kuhrs in der Broschüre „Grenzen auf für Deutschland?“ zu empfehlen. (Was des Weiteren in dieser Broschüre zu lesen ist, steht in den AN 18/2002.)

F ■

Werner Köster: Die Rede über den „Raum“. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts, Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren, Heidelberg 2002, 258 S., 34,80 EUR.

Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Hg. vom Verein Kritische Geographie, Promedia Verlag, Wien 2001, 239 S., 34 DM.

„Landschaften der Tat“

Wie wird Antirassismus heute gedacht? Können wir antirassistische Kämpfe überhaupt beschreiben, ohne sie sofort und ausschließlich als temporäre oder lokale Reaktionen auf die vielen Formen von Rassismus in westeuropäischen Gesellschaften zu verstehen? Wie lässt sich ein politischer Antirassismus denken und praktizieren, der nicht nur zum Ziel hat, rassistischer Gewalt punktuell entgegenzutreten, oder die Wirkungsweisen unterschiedlicher Rassismen zu erklären, sondern der grundlegende Veränderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen erreichen will? Entlang dieser Fragestellungen unternimmt die Anthologie „Landschaften der Tat“ den zweifellos gelungenen Versuch, antirassistische Kämpfe, Forderungen und Erfolge in ihren spezifischen historischen Zusammenhängen zu zeigen und so eine kontinuierliche und andauernde Geschichte des politischen Antirassismus erst einmal sichtbar zu machen. Denn diese Geschichte wurde und wird immer wieder ausgelöscht

und unsichtbar gemacht, was bei der Lektüre des Buches nicht zuletzt an der eigenen (Un-)Kenntnis derselben deutlich wird. Neben einer präzisen historischen Kontextualisierung und Positionsbestimmung der antirassistischen Bewegungen in Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien liefern die AutorInnen auch Analysen und Vorschläge dessen, was die Geschichte dieser Bewegungen gegenwärtig bedeutet oder bedeuten könnte, welches Wissen aus ihr resultiert und wie es nutzbar gemacht werden kann für die antirassistischen und feministischen Kämpfe um die Utopie einer egalitären Gesellschaftsform. Benannt und beschrieben werden im Buch vor allem die Kämpfe aus dem Umfeld der politischen Selbstorganisation von MigrantInnen, die oder deren Eltern in westeuropäische Staaten eingewandert sind. Die AutorInnen adressieren dabei unterschiedliche Praxen, Strategien und Diskussionen in der antirassistischen Politik.

Manuela Bojadzijev untersucht Rassismustheorien in Bezug auf konkrete historische Formen des Widerstands von MigrantInnen in Deutschland. Kin Nghi Ha analysiert Identität und antirassistische Identitätspolitik im Kontext kolonialer und rassistischer Kontinuitäten der deutschen Gesellschaft. Shirley Tate fragt nach den Möglichkeiten Schwarzer antirassistischer Politik unter den Bedingungen rassistischer Alltagserfahrungen in Großbritannien. Mogniss H. Abdallah beschäftigt sich mit den Kämpfen der ImmigrantInnen in Frankreich. Mouloud Aounid analysiert heutige Rassismen in Frankreich. Sandro Mezzadra behandelt die Situation von Flüchtlingen und Illegalisierten in Italien. Encarnación Gutiérrez Rodríguez beschreibt die antirassistische Bewegung in Spanien, die wesentlich von queeren und feministischen Gruppen geprägt wird.

Ljubomir Bratic gibt einen historischen Einblick in den Widerstand von MigrantInnen und JüdInnen vor dem Hintergrund rassistischer Gesetzgebung und Parteipolitik in Österreich. Ari Joskowicz liefert eine historische Analyse der Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien als Strategien der (vom Staat verweigerten) politischen Ermächtigung. Tina Leisch setzt sich mit der historischen und aktuellen politischen Situation in Kärnten am Beispiel der Reaktionen auf die „Kulturkarawane gegen Rechts“ auseinander. Erdal Kaynar und Kimiko Suda stellen migrantische Selbstorganisation in Deutschland in den Kontext des Holocaust und der neonazistischen Anschläge nach der sogenannten Wiedervereinigung. Luzenir Caixeta und Rubia Salgado definieren die Bezeichnung der Migrantin als strategisch-politische Identität und führen am Beispiel der Migrantinnenorganisation MAIZ aus, welche Rolle Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit für feministischen Antirassismus haben können. Michael Fanizadeh untersucht antirassistische Strategien in Alltag und Freizeit am Beispiel des Fussballs. Bülent Öztoplu beschreibt antirassistische Praxis in der Jugendarbeit. Andreas Görg analysiert Potenziale und Konfliktlinien der antirassistischen Bündnispolitik in Österreich. María do Mar Castro Varela beschreibt Migrantinnen in Deutschland als kritische Gegenmacht und fragt nach der Sprengkraft utopischen Denkens als politischem Instrument. Kanak Attak diskutiert im Gespräch mit Subtropen über den Status Illegalisierter in Deutschland und die Forderung des Rechts auf Legalisierung. Stefan Nowotny beschreibt die Geschichte der Universal Embassy in Belgien, deren Manifest das Buch abschließt.

Einige Debatten wie z.B. jene um die Möglichkeiten und Probleme von Identität und Identitätspolitiken haben im Buch immer wieder großen Stellenwert. Ein weiterer Topos, der sich durch fast alle Beiträge zieht, ist die Analyse unterschiedlicher Formen der Diskriminierung in ihrer Verknüpfung.

Antirassistisches, antifaschistisches und feministisches Wissen wird historisch kontextualisiert, aufeinander bezogen und schließlich in Strategien und Handlungsoptionen übersetzt. Die einzige Fragestellung, die im Buch mehr Raum einnehmen könnte, ist jene nach der strategischen Rolle von Öffentlichkeit und Bildpolitiken in den unterschiedlichen antirassistischen Kämpfen. Der Text von Ari Joskowicz, der die Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien als Strategien politischer Selbstermächtigung liest, oder auch der Text von Rubia Salgado und Luzenir Caixeta, die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit als ein Fundament der Arbeit der feministischen Migrantinnenorganisation MAIZ beschrei-

ben, deuten dieses Thema jedoch an und wecken so erst das Interesse oder den Wunsch nach umfassenderer Auseinandersetzung. Ein Wunsch vielleicht, dessen Erfüllung sich die Mehrheits-LeserInnen selbst erarbeiten sollen.

Jo Schmeiser ■

Ljubomir Bratic (Hg.), „Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa". 269 Seiten. Sozaktiv Verlag, St. Pölten 2002. Preis: 24 Euro, Ansicht unter: www.servus.at/maiz/antirassismus/index.html, Bestellungen bei: sozaktiv@via.at, www.sozaktiv.at

Eines der wichtigsten Lieder des Jahrhunderts jetzt als CD

„Wohin auch das Auge blicket, Moor und Heide nur ringsum..." Das Lied der Moorsoldaten. Das Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager hat eine CD mit verschiedenen Varianten des Moorsoldatenliedes produziert. Entstanden ist ein bemerkenswertes Album mit zwei randvollen CDs, die einen überraschenden und informativen Querschnitt der zahllosen Interpretationen des »Moorsoldatenliedes« liefern, die aber auch, wie im Interview mit Rudi Goguel, dem Komponisten des Liedes, etwas zur Entstehungsgeschichte, den Mythen und Legenden und den zahlreichen Abwandlungen erzählen. Da gibt es klassische schnörkellose, beinahe karge Interpretationen, wie von Ernst Busch 1937, begleitet vom Chor der 11. Internationalen Brigade. Oder Paul Robesons und Pete Seegers »Peat Bog Soldiers«. Da ist aber auch die große Inszenierung. Die feierlich-würdevollen Arrangements des Rundfunkchors Leipzig oder des Kampfgruppenorchesters in einer Aufnahme von Radio DDR. Mit den Kämpfern der Internationalen Brigaden gelangte das Lied aus dem Spanischen Bürgerkrieg in ihre Heimatländer und wurde so zum Bestandteil der dortigen linken Volks- oder Protestkultur. So gibt es neben den englischen, eine griechische, eine irische, eine niederländische, eine spanische, zwei französische und eine italienische Fassung. Aber es gibt auch zwei jüdische Gruppen, die das Moorsoldatenlied in ihr Repertoire aufgenommen haben.

Szenischen Hintergrund liefert die Lesung von Wolfgang Langhoff mit der Passage »Ankunft« aus seinem Buch »Die Moorsoldaten« und eine Einspielung aus Bertolt Brechts »Furcht und Elend des Dritten Reiches«. Jazziges tragen die Kölner Saxophon Mafia und die Radio Jazz Group Stuttgart bei, und Hanning Schröder hat »die Unerbittlichkeit des Geschehens« in eine Musik in drei Sätzen für vier Streichinstrumente übersetzt. Den Schluss bilden einige interessante und m.E. auch gelungene, aber für sicherlich viele auch ungewohnte Popvarianten. Gruppen wie die Reservoir Dogs, die Schnitter und die Einsamen Stinktiere haben sich einen neuen Zugang zu diesem Lied erobert. Jede Generation muss das auf ihre Weise tun. Aber für alle sind die Moorsoldaten immer mehr als nur ein Lied. Es ist auch Erinnerung, Identifikation, Gemeinsamkeit, Auftrag.

Den CDs ist ein informatives 64seitiges Heft beigelegt, das viel über das Lied, das Lager und auch die Interpreten erzählt.
Das Lied der Moorsoldaten. 1933-2000. DIZ Emslandlager, Papenburg 2002, ISBN 3-926277-15-7, 25 Euro Tel.: 04961-916306, Fax: 04961-916308, Email: mail@diz-emslandlager.de, Internet: http://www.diz-emslandlager.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

: ostritt

Keine eigenständige Aufnahme des Bundes der Vertriebenen (BdV) in die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt!

Mit Empörung und Ablehnung reagierten der DGB, die Verbraucherverbände, die Verbände der Kriegsopfer, die Thüringer Jugendverbände und weitere Mitglieder in der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt wegen der geplanten Aufnahme des BdV als neues Versammlungsmitglied:

„Der Plan des Bildungs- und Medienausschusses des Thüringer Landtages mit der Einfügung der neuen Ziffer 10, im zu beschließenden novellierten Thüringer Rundfunkgesetz, dem Bund der Vertriebenen - Landesverband Thüringen einen vollwertigen Mitgliederstatus einzuräumen, trifft auf Unverständnis und Ablehnung.

Die Begründung: Der BdV-Landesverband Thüringen sei mit seinen 60 Tausend Mitgliedern zur Zeit die mitgliederstärkste Organisation des Freistaates, kommt einer Farce gleich und entspricht nicht den Realitäten.

Im Regierungsentwurf wurden in § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 zu den bisher schon entsendungsberechtigten Verbänden der „Kriegsopfer, Wehrdienstleistenden, Sozialrentner" die „Heimatvertriebenen" hinzugefügt. Zu dieser Position sollte die CDU-Fraktion zurückkehren. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt alle wichtigen und bedeutenden gesellschaftlichen Gruppierungen repräsentiert. Durch eine Aufnahme des Bundes der Vertriebenen mit seinen „rechtsorientierten Tendenzen" ist davon auszugehen, dass hier Tatsachen geschaffen werden sollen, die von der Mehrheit der Versammlungsmitglieder abgelehnt werden.

Die Mehrheitsfraktion im Thüringer Landtag sollte dementsprechend so aufgestellt sein, dass sie den tatsächlich gesellschaftlich relevanten Akteuren in der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt Sitz und Stimme erteilt.

Wir fragen, wenn schon eine Erweiterung vorgesehen ist, warum denn nicht die große Gruppe der Thüringer Arbeitslosen in den Focus einer Neumitgliedschaft genommen wird.

Damit würden sich tatsächlich relevante gesellschaftliche Verhältnisse des Landes in der Versammlung widerspiegeln."

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie von: Steffen Lemme, Mitglied der Thüringer Landesmedienanstalt, Meinungsbereich Jugend -Tel. 0171/1750490, Thomas Damm, Mitglied der Thüringer Landesmedienanstalt, Meinungsbereich Verbraucherverbände -Tel. 0361/2259938

Probleme mit dem Türkei-Beitritt

Junge Freiheit Nr. 51/02 vom 13. Dezember 2002

Der Beschluss der EU-Staaten, ab Juli 2005 mit der Türkei über einen möglichen EU-Beitritt zu verhandeln, stößt bei dem Blatt auf Ablehnung. In zwei Aufsätzen wenden sich die Autoren gegen den Beitritt, der ja noch lange nicht beschlossen ist und schon gar nicht schnell bevorsteht. *Alexander Griesbach* behauptet, die Bundesregierung vertrete mit ihren Bestrebungen vor allem die Interessen der USA:

„Welche Interessen Schröder auch immer vertreten mag: deutsche Interessen sind es mit Sicherheit nicht." Durch einen Beitritt der Türkei drohe vor allem die Arbeitnehmerfreizügigkeit der Türken in der EU, der Angleichungsprozess werde so teuer, dass er die gesamte EU sprengen werde und: „Die Europäische Gemeinschaft läuft heute schon als Gemeinschaft Gefahr, außenpolitisch irrelevant zu werden. Gar nicht zu denken an die Zeit, wenn zehn weitere Staaten aufgenommen sein werden. Die Türkei könnte, wenn die USA einen Beitritt der Türkei in die EU ‚hinter den Kulissen' erzwingen sollten, zum Tropfen werden, der das Fass zum Überlaufen bringt."

Und *Erich Vad* erklärt: „Die West-Orientierung Atatürks wurde und wird bekanntlich mit autoritären Mitteln durchgesetzt. Kultur und Geschichte sowie eine sich über Jahrhunderte entwickelte kulturelle Identität zeigen, dass die Türkei heute keineswegs die Prägung erfahren hat wie das christlich geprägte Abendland… Die Unterschiede kann man nicht einfach wegwischen und relativieren, auch wenn eine diesbezügliche Unbekümmertheit im Regierungslager Mode geworden ist."

Von Stahl vertritt Junge Freiheit

Junge Freiheit Nr. 2/03 vom 3. Januar 2003

Der frühere Bundesanwalt *Alexander von Stahl*, der nach den Todeschüssen in Bad Kleinen zurücktreten musste, hat nun die Vertretung des Blattes gegen die Landesregierung NRW übernommen. Das Blatt klagt gegen die Landesregierung, weil diese das Blatt seit 1995 im Verfassungsschutzbericht des Landes führt. Im ersten Verfahren hatte Manfred Brunner, damals noch Vorsitzender des Bund Freier Bürger, heute wieder – wie von Stahl – Mitglied der FDP, das Blatt vertreten. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat eine Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf gegen das Blatt abgelehnt. Nun will das Blatt, vertreten durch Alexander von Stahl, vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Von Stahl gibt in einem Interview seine Einschätzung von Bundesregierung und Verfassungsschutzämtern zum Besten: Der Prozess habe eine „über den konkreten Fall hinausreichende Bedeutung, denn – so von Stahl: „man muss sich im klaren darüber sein, dass der Aufstand der Anständigen – ausgerufen vom Bundeskanzler und getragen von der rot-grünen Bundesregierung – im Grunde darauf abzielt, eine andere Republik zu schaffen, eine nicht-bürgerliche Republik! Dazu müssen aber diejenigen, die völlig legitim rechts von der Mitte stehen, stigmatisiert und diskriminiert werden." Zu den Verfassungsschutzämtern äußert sich von Stahl abfällig: „Ich habe schon damals den Verfassungsschutzämtern mit Skepsis gegenübergestanden, weil ich leider einen Mangel an Intellektualität und sogar an Professionalität bei den Kollegen feststellen musste. Der Dienst dort ist nicht allzu beliebt, ergo waren da nicht die besten Juristen anzutreffen. Tatsächlich existiert ein Qualitätsgefälle zwischen Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei auf der einen und Verfassungsschutz auf der anderen Seite. Ich habe als Generalbundesanwalt einige Fälle erlebt, die brenzlig für mich geworden sind, weil in den Verfassungsschutzämtern nicht professionell gearbeitet worden war …" Behalten will von Stahl den Verfassungsschutz jedoch. Vielleicht geht ihm ja irgendwann auf, dass der Verfassungsschutz keine Ermittlungsbehörde ist und deshalb anders als Staatsanwaltschaft und Polizei arbeiten muss und dass dies besondere Gefahren für demokratische Verfahren birgt.

„Opferbereit, politikfähig..."

Signal Nr. 141, 3. Quartal 2002

Der 11. September 2001 muss als Erklärung dafür herhalten, dass Signal (früher „Europa Vorn") wie immer zu spät erscheint, dass sowieso nur drei Nummer in 2002 erschienen und diese Ausgabe auch nur mit abgespecktem Umfang von 16 Seiten. Hat der „internationale Terrorismus" auch bei Herausgeber Manfred Rouhs zugeschlagen? In der Kölner Lokalpresse war davon nichts zu lesen. Rouhs verspricht aber in seiner „Hausmitteilung", dass voraussichtlich ab 15. Februar das Blatt wieder „im zeitlichen Plansoll" liegen wird – was eigentlich niemand wirklich wünschen kann. „Weiter so, Deutschland?" fragt Rouhs im Leitartikel, die Bundestagswahl betrachtend. REP und NPD bringen es nicht, aber er sieht Lichtblicke: 9 % habe Jürgen Schützinger in Villlingen-Schwennigen bei der Oberbürgermeisterwahl bekommen, dieses Potential sei im Grunde auch bundesweit mobilisierbar für eine rechte Partei – es müsse eben nur die richtige sein. „Ähnliche Erfahrungen macht derzeit die parteiunabhängige Bürgerbewegung pro Köln in der Domstadt" – fährt Rouhs fort: „Wo sich vor Ort eine Handvoll entschlossener, opferbereiter, politikfähiger Menschen findet, die eine nonkonforme Partei oder Wählergrupe ins Leben zu rufen und für den nächsten kommunalen Urnengang wahlkampffähig zu machen breit und in der Lage sind, bleibt der Erfolg nicht aus." Eben solche wie er, die mit „pro Köln" gerade eine Kampagne gegen einen geplanten Moscheebau in Köln loszutreten versuchen. Und am Schluss gerät der Autor dann noch ins Träumen: „Aus regionalen Anfangserfolgen muß früher oder später eine bundesweite Sammlungsbewegung wachsen, die genug kommunale Infrastrukturen herausgebildet hat, um dem finanzstarken etablierten politischen Apparat die Zähne zeigen zu können. Bei der Konstitution einer solchen Bewegung werden jene in der ersten Reihe stehen, die in der eigenen Stadt oder im eigenen Landkreis mit Mandaten verwurzelt sind." Rouhs wieder im Stadtrat 2004? Da werden Antifaschisten ein Wörtchen mitreden. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507